: antifaschistische nachrichten Nr. 17

g 3336 24.8.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Das Problem ist unsere Justiz. Die NPD müsste verboten sein. Da stimmt doch etwas nicht.“

So der Kommentar eines Rentners zu dem geplanten Erwerb eines Hotels in Delmenhorst durch Jürgen Rieger und dessen Pläne, es zu einem Tagungszentrum für die NPD und andere Neonazis zu machen. Die Aktionen und die Spendensammlung gegen den geplanten Erwerb werden – wie in den AN 16-06 berichtet – in der Bevölkerung breit unterstützt.

Mit vielen Aktionen bringen die Einwohnerinnen und Einwohner von Delmenhorst ihren Widerstand gegen Nazis zum Ausdruck. So sammelten 100 Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Stadtverwaltung am 14.8.06 in der Mittagspause Geld für das Spendenkonto. Der Verwaltungschef der Stadtverwaltung unterstützte diese Aktion, um gegen jede Art von Rechtsextremismus Flagge zu zeigen. „Alle Ideen, die sich gegen Nazis richten, sind gut“ so eine Spenderin bei der Aktion. Eine Fleischerei verkaufte Bratwürste gegen rechts und spendete einen Teil der Einnahmen. „Wir müssen jetzt aufstehen“, sagt Gretel Rahn. „Sonst ist es zu spät. Wegkriegen ist viel schwieriger.“ Seit fast sechs Jahren arbeitet sie in dem Kiosk, der schräg gegenüber dem marode aussehenden Hotel am Delmenhorster Stadtpark liegt.

Am 7.8. wird das Hotel mit anderen Gebäuden in der Innenstadt zum Sanierungsgebiet erklärt, um ein Vorkaufsrecht geltend zu machen. Am 15.8. bringt der Hotelbesitzer eine mögliche Schenkung an Rieger ins Spiel

Auf dem Treuhandspendenkonto sind bis zum 16.8. 741.000 Euro eingegangen. Mit dem Geld will die Initiative der Stadt ermöglichen, das Hotel selbst zu kaufen. Sollte nicht die ganze Summe von 3,4 Millionen Euro zusammenkommen, werde die Stadt den Rest wahrscheinlich über den Haushalt finanzieren, erklärte Oberbürgermeister Carsten Schwettmann (CDU). Er gehe davon aus, dass der Rat einen solchen Beschluss einstimmig fassen werde.

Darüber würde sich auch Luigi Miccoli freuen. Sein Restaurant „Il Salento“ befindet sich innerhalb des Hotels. „Kommt es zu dem Verkauf, muss ich meine Koffer packen. Willkommen fühle ich mich dann nicht mehr.“ Aber er ist zuversichtlich. „Die Stadt versucht ja, den Verkauf zu verhindern“, sagt er. Das sorgt auch in der jüdischen Gemeinde für Beruhigung. „Die Stadt hat sich klar geäußert, dass sie alles versuchen wird, den Hotelverkauf an Rieger zu verhindern“, sagt deren Vorsitzender Pedro Becerra.



Forum: www.keine-nazischule-in-delmenhorst.de

Auch in den umliegenden Gemeinden finden Aktionen gegen die Absichten der NPD statt. Mehrere hundert Ganderkeseer haben am Sonnabend ihre Solidarität mit Delmenhorst im Kampf gegen die Hotelkaufpläne des Neonazi-Anwalts Jürgen Rieger bekundet. An der Unterschriftenaktion vor den Inkoop-Filialen in Ganderkesee und Bookholzberg sowie bei Boekhoff in Schierbrok waren Vertreter sämtlicher Ratsparteien und der Wählergemeinschaft UWG beteiligt. Die Resonanz war überwiegend positiv. In Ganderkesee wurden 218 und in Bookholzberg rund 300 Unterschriften gesammelt.

Die stellvertretende Bürgermeisterin Christel Zießler (SPD) warnte unterdessen vor dem verborgenen Potenzial der Rechtsradikalen. Besonders in einigen Dörfern gebe es noch immer Nazi-Sympathisanten: „Ganz losgelassen hat uns das nie.“ Gegen solche Tendenzen müssten alle Demokraten gemeinsam kämpfen. Unterschrieben hat auch der bald 74-jährige Ehrenratsherr Adolf Meyer (SPD). Trotz des gescheiterten ersten Anlaufs forderte er ein Verbot der NPD: „Weil sonst jede Kommune einzeln gegen die Extremisten ankämpfen muss.“ Ähnlich äußerte sich auch Ratsherr Werner Fleischer (CDU): „Wir dürfen nicht länger nur über Symptome reden, das Übel muss an den Wurzeln gepackt werden.“

Diese Auffassung wird auch in der konservativen „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ vom 17.8. vertreten. In einem Kommentar wird angemerkt, dass ein Sonderbeauftragter, eingesetzt von Innenminister Schünemann, Gesetze und Verordnungen prüfe, um Rieger Steine in den Weg zu legen. „Ein guter Plan gegen den Verbreitungsdrang von Neonazis in Niedersachsen sieht anders aus“ kommentiert das Blatt diesen „Bürowiderstand“.

Ministerpräsident Wulff und Innenminister Schünemann haben sich erst in den letzten Tagen öffentlich geäußert und ausgerechnet an das bürgerschaftliche Engagement, das auch ohne ihre Aufforderung vorhanden ist, appelliert. Weder Schünemann noch Wulff haben sich bisher in Delmenhorst „blicken“ lassen. Es ist nicht so, dass der Ministerpräsident dazu keine Zeit hätte. Während das bürgerschaftliche Engagement auf „Hochtouren“ läuft, tourte er auf einer dreitägigen Sommerreise durch Niedersachsen und ließ sich unbeschwert lächelnd, eingerahmt von zwei Bedienungen und Bierkrügen, bei der Einweihung eines Lokals im Harz ablichten.

bee ■

Quellen: Delmenhorster Kreisblatt, Hannoversche Allgemeine Zeitung

Die Initiative www.fuer-delmenhorst sammelt weiter Spenden. Treuhandkonto: 1392224 bei der LzO, BLZ 28050100, Stichwort: „Aktion Hotel am Stadtpark“.

Aus dem Inhalt:

Nazi-Kunst als Wanderausstellung

MÜNCHEN. Das Interesse an Nazi-Kunst boomt. Noch vor der Eröffnung der Breker-Ausstellung in Schwerin wurde in den Räumen der extrem rechten „Burschenschaft Danubia“ im Münchner Villenviertel Bogenhausen eine „1. Kleine Deutsche Kunstausstellung“ unter dem Titel „Holzschnittmeister des 20. Jahrhunderts” gezeigt. Aus der „Privatsammlung“ von „drei jungen Kunstliebhabern“ wurden Holzschnitte der NS-Künstler Georg Slyuterman van Langeweyde (1903-1978), Ernst von Dombrowski (1896-1985) und Rudolf Warnecke (1905-1994) ausgestellt.

Werke der drei Künstler wurden während des Nazi-Regimes auch in der alljährlich im „Haus der deutschen Kunst“ durchgeführten „Großen Deutschen Kunstausstellung“ gezeigt. Schirmherr des Hauses war Adolf Hitler. Alleine von Ernst von Dombrowski wurden dort 26 Werke ausgestellt.

Nach 1945 fand man die NS-Künstler im Umfeld des neofaschistischen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) wieder. Van Langeweyde, noch 1999 Ehrenbürger in Bendestorf bei Hamburg, und von Dombrowski waren DKEG-Ehrenmitglieder, Warnecke Träger des „Ehrenringes“ der neofaschistischen Kulturwerks. Dombrowski trat auch als Referent beim „DKEG“ auf. Seine über 2000 Holzschnitte vererbte er zwei Stiftungen, der Stadt Graz und dem Heimatmuseum in Traunstein. Nun soll aus der Münchner Ausstellung eine Wanderausstellung werden. Ein Ausstellungskatalog wurde erstellt und wird von dem Münchner Ernst Tobisa vertrieben.

Die Ausstellungsmacher planen nun eine Fortsetzung ihrer Arbeit und wollen Werke der Malerei, der Bildhauerei und aus der Jugendbewegung zusammentragen und Dichterlesungen durchführen. Beworben wird die Wanderausstellung und der Katalog auch in einem Artikel von Tobias Faethe im „Ostpreußenblatt“. Faethe war zuletzt Sprecher der „Burschenschaft Danubia“. *hma* ■

„Stocker-Verlag“ verliert Prozesse

Graz. Der österreichische „Stocker-Verlag“ hat sämtliche Gerichtsverfahren gegen seine KritikerInnen – soweit er sich nicht schon vorher daraus zurückgezogen hatte – verloren. Bereits im Januar hatte das „Landgericht für Zivilrechtssachen“ mehrere Klagen des Verlages, der zuletzt den „Ares-Verlag“ gegründet hatte, abgewiesen. Bei der Einschätzung des Verlages als „rassistisch“, „antisemitisch“ und „rechtsextrem“ handele es sich um ein „zulässiges Werturteil“, das durch das Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt sei und sich auf ein „bestimmtes Tatsachensubstrat stützen“ könne, so das Landgericht. Gegen das Urteil hatte der Verlagsgeschäftsführer Wolfgang Dvorak-Stocker Berufung eingelegt. Diese wurde nun vom Grazer Oberlandesgericht abgewiesen. Damit sei der Versuch des „Stocker-Verlages“, „die öffentliche Diskussion um seine Verstrickung in die rechtsextreme Szene durch gerichtliche Klagen zu beenden, für’s erste gescheitert“, so die Grazer Gruppe „MayDay2000“ in einer Pressemitteilung (http://mayday.widerstand.org). *hma* ■

Mordmotiv Rassismus?

NÜRNBERG. Die Ermittler der Sonderkommission „Bosporus“, die einem Täter auf der Spur sind, der seit September 2000 neun Kleinunternehmer mit Migrationshintergrund – offenbar willkürlich – ermordet hat, haben einen neuen Ansatz. Die neun Männer aus Nürnberg, München, Rostock, Dortmund, Kassel und Hamburg seien vermutlich deshalb ermordet worden, weil der Täter ein negatives Erlebnis mit einem Ausländer gehabt habe und sich nun mit den Taten räche, vermutet der Chef der operativen Fallanalyse im Münchner Polizeipräsidium. Da die Mordserie in Nürnberg begann und mit drei Morden dort ihren Schwerpunkt hat, könnte es sein, das der Täter in Nürnberg wohnt oder dort eine Arbeitsstelle hat, so die Fahnder. Die Morde, die Hinrichtungen gleichen, wurden überwiegend mit einer Ceska-Pistole, Typ 83, Kaliber 7,65 Millimeter mit verlängertem Lauf und Schalldämpfer durchgeführt. Der Täter könne den Umgang mit der Waffe beruflich oder in der Freizeit trainiert haben, so ein Ermittler. In zwei Fällen wurde eine weitere Waffe verwendet, so dass die Ermittler nicht ausschließen, dass es einen weiteren Täter gibt.

Zeitweise war sogar ein Mitarbeiter des hessischen „Landesamtes für Verfassungsschutz“ ins Visier der Fahnder geraten. Der Mann hatte sich am Tag des Verbrechens in dem Internet-Cafe aufgehalten, in dem einer der Morde geschah und will von der Suche nach Zeugen nichts erfahren haben. *hma* ■

„Fest der Völker“ auf 2007 verschoben

Jenas Bürger können aufatmen: Für dieses Jahr wurde ihre Stadt sauber gehalten – sauber von brachialen Tönen rechtsextremistischer „Blood & Honour“ Musik und ihrem unangenehmen Publikum. Sauber auch von Imageschaden und Verbildlichung der tiefen Verwurzelung rechtsextremer Strukturen in der Saale-Stadt.

2006 fand kein faschistisches „Fest der Völker“ in Jena statt. Entgegen einiger Unklarheiten wird dies auch am 9.9.2006 nicht passieren. Dies geht aus interner Kommunikation führender Nazikader hervor. Die neonazistische Großveranstaltung, welche ursprünglich am 10. Juni unter dem Motto „Europa wird leben oder mit uns untergehen“ auf dem Seidelplatz stattfinden sollte, wurde mit Begründung des polizeilichen Notstands unter Berufung auf die Fussball-Weltmeisterschaft verboten. Als ausschlaggebend hierfür können auch bürgerliche und antifaschistische Bestrebungen, welche zumindest massive Behinderungen des Nazifestivals hervorgerufen hätten, angesehen werden.

Trotz des enormen finanziellen Schaden und Imageverlust Jenaer Nazikader in der deutschen Szene planen die Rechtsextremisten unter Leitung der NPD (diesmal wirklich!) ein zweites „Fest der Völker“ am 2.6.2007.

„So unangenehm Nazigroßveranstaltungen sind, so machen sie doch die Präsenz neonazistischer Aktivität und die Notwendigkeit antifaschistischer Gegenarbeit deutlich! Abseits des öffentlichen Interesses und weitgehend ungestört agieren Rechtsextreme zur Durchsetzung ihrer menschenfeindlichen Ziele kontinuierlich. Jenas Naziszene zählt zu den etabliertesten und aktivsten im Bundesgebiet. Eine Kameradschaft, ein NPD-Ortsverband inklusive Jugendorganisation, Musiker wie die Rechtsrock-Band „Blutstahl“ und der Liedermacher Max Lemke haben sich im Schatten des ‚Braunen Hauses‘ in der Jenaischen Str. 25 entwickelt. Hinzu kommt der Szene-Laden „Madley“, welcher zuletzt bei einer Durchsuchung im Februar 2005 unter dem Verdacht des Handels mit verfassungsfeindlichen Symbolen der Nazimarke „Thor Steinar“ in die Schlagzeilen kam.“, kommentiert Franka Hessler (JAPS Jena) die Situation. Die Thüringer Szene ist maßgeblich an der bundesweiten „antikapitalistischen und antiglobalistischen Kampagne“ beteiligt, welche mit der Forderung einer neuen deutschen „Volksgemeinschaft“ um Anschluss in der Bevölkerung bemüht ist.

Insofern kann es nicht verwundern, wenn die „Kameraden“ um Ralf Wohlleben und Andre Kapke das „Pressefest“ der NPD- Parteizeitung „Deutsche Stimme“, welches am 5.8.06 mit geschätzten 5000 Rechtsextremisten in Dresden stattfand, tatkräftig unterstützten.

Auch der Herbst wird an Brisanz nichts missen lassen: Im September oder Oktober ist mit dem vierten paramilitärischen „Herbstfest des Nationalen Widerstands Jena“ in den Wäldern der Umgebung zu rechnen.

JAPS Jena, 10.08.2006
japs@japs-jena.de ■

Kein Bock auf Pro Köln

KÖLN. Die Kampagne „Kein Bock auf „pro Köln“ will in Zukunft der rassistischen „Bürgerbewegung pro Köln“ und ihren Ablegern (Pro Deutschland, Jugendarbeitskreis pro Köln...) das Leben etwas schwerer machen. Ein Anfang dazu ist die neu eingerichtete Homepage (welche in Zukunft zu einem Infoportal über die rechtsextreme Partei ausgebaut wird):

http://www.keinbockaufprokoeln.tk ■

Nazifest in Suhl-Nord am 2. September

Am 2. September veranstaltet die NPD in Suhl-Nord ein „Familienfest“ unter dem Motto „Deutschland gestern und morgen“. Diese Veranstaltung im Problemstadtteil Suhl-Nord ist Teil einer seit längerem laufenden rassistischen Kampagne gegen die dort lebenden MigrantInnen.

Suhl-Nord ist ein typisches ostdeutsches Plattenbauviertel mit großen sozialen Problemen und viel Wohnungsleerstand, weil alle, die es sich leisten können, von hier flüchten. Als Anfang des Jahres 2005 das AsylbewerberInnenheim in Suhl geschlossen wurde, wurde der Großteil der ehemaligen BewohnerInnen zu menschenunwürdigen Bedingungen in einige wenige Blocks in diesem Stadtviertel verfrachtet. Da die Präsenz von Neonazis und RassistInnen schon vorher in Suhl-Nord sehr hoch war, kam es hier oft zu Auseinandersetzungen zwischen den MigrantInnen und den Rechtsextremen.

Was folgte, war eine ausgedehnte rassistische Kampagne der NPD „Gegen die Verausländerung“ des Stadtteils, die von Flugblattaktionen über Kundgebungen reichte und nun in einem Nazifest, scheinheilig als „Familienfest“ beworben, einen neuen Höhepunkt findet. Das Motto deutet unterschwellig an, um was es erneut gehen wird. „Deutschland gestern und morgen“, damit will die NPD nichts anderes andeuten, als dass Deutschland „morgen“ durch die ihrer Meinung nach zunehmende „Verausländerung“ nicht mehr dasselbe sein wird. Angst hat die NPD dabei vor dem von ihr verpönten „Multi-Kulti-Wahn“. Dabei fordert sie nichts anderes als die Ausweisung asylsuchender Menschen aus Suhl-Nord und ganz Deutschland.

Dieser offen propagierte Rassismus fand bisher in 2 Kundgebungen Ausdruck. Am 20. Mai 2005 versammelten sich ca. 100 Neonazis und rassistische BürgerInnen auf einem Parkplatz in Suhl-Nord, um gegen die so genannte „Verausländerung“ zu demonstrieren. Abseits der Kundgebung zeigten Nazis offen den Hitlergruß und skandierten ungehindert Parolen, wie „Sieg Heil“. Hauptgrund für die Kundgebung war der Zuzug vieler Nicht-deutscher aus dem ehemaligen AsylbewerberInnenheim. Die Neonazis beschwerten sich über die zu gute Behandlung der Zugezogenen und die vermeintliche Integrationsunwilligkeit und Kriminalität, die von den Nichtdeutschen ausgehe. Nicht erwähnt wurden zahlreiche rassistische Übergriffe und Anfeindungen der rassistischen BewohnerInnen des Stadtteils.

Als am 5. Mai 2006 zwei Neonazischläger während einer Auseinandersetzung mit Unbekannten schwer verletzt wurden, nahm die NPD den Vorfall zum Anlass ihre rassistische Kampagne im Stadtteil Suhl-Nord um eine weitere Kundgebung zu „bereichern“.

Am 13. Mai veranstalteten die NeofaschistInnen zwei Kundgebungen gegen „Multi-Kulti“ im Zentrum Suhls und im Problemstadtteil am „Tatort“. Nicht zuletzt der spontane Protest einiger AntifaschistInnen verhinderte im Suhler Zentrum der NPD den Zulauf.

Auch dieses Mal bleibt das Verhindern des Aufmarsches illusorisch. Nichtsdestotrotz gilt es gegen die Nazikundgebung aktiv zu werden. Seid kreativ! *agst@systemli.org* ■

Zum Umgang mit rechtsextremen Organisationen im Wahlkampf

BERLIN. Am 1. August ist eine gemeinsame Publikation der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR), der Netzwerkstellen [moskito] und Licht-Blicke sowie dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum in Berlin – apabiz e.V. erschienen.

Immer häufiger besuchen Rechtsextreme öffentliche Veranstaltungen zu gesellschaftlich relevanten Themen, Wahlkampfveranstaltungen der demokratischen Parteien oder werden im Vorfeld von Wahlen sogar eingeladen zu Podiumsgesprächen und Politiker/innenrunden. Die Jungen Nationaldemokraten (JN) boten sich offensiv für Podiumsdiskussionen an Schulen an und forderten Schüler/innen auf, sie als Diskussionspartner/innen einzuladen, damit nicht über sie, sondern mit ihnen diskutiert werde.

Die Publikation will die demokratischen Parteien und Akteure unterstützen, die den Rechtsextremen keinerlei Plattform für ihre demokratiefeindliche, menschenverachtende Ideologie bieten wollen: Mit Argumenten für den Ausschluss von NPD-Funktionären und anderen Rechtsextremen von Wahlkampf- und anderen öffentlichen Veranstaltungen.

In der Broschüre steht, was im Vorfeld und Verlauf von Wahlkampf- und Saalveranstaltungen getan werden kann, um Rechtsextremen kein Podium und keine Möglichkeit für ihre Wortergreifungsstrategie zu bieten. Die Herausgeber/innen werben für einen Schulterschluss aller demokratischen Parteien im Umgang mit rechtsextremen Parteien und Organisationen.

Ergänzend dazu bietet die Broschüre einen Überblick über die zentralen demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Positionen in Programm und Ideologie der NPD. Nur wenn aktiv für demokratische Werte und Menschenrechte gestritten wird, kann dem Rechtsextremismus erfolgreich entgegengetreten und ihm der Nährboden entzogen werden.

Handlungsunsicherheit, so die AutorInnen, entsteht häufig aus einem unklaren Demokratieverständnis, zum Beispiel hinsichtlich der Frage, ob die freie



Meinungsäußerung nicht auch für Rechtsextreme gelten müsse.

Rechtsextremes Gedankengut steht jedoch außerhalb des demokratischen Grundkonsenses und damit auch außerhalb des Toleranzbereichs. Die Handreichung wirbt deshalb für eine Ächtung rechtsextremer Positionen und empfiehlt, stattdessen explizit die Vermittlung demokratischer Werte zu befördern.

Die Publikation ist ab sofort direkt bei den Projekten zu beziehen und steht darüber hinaus als Kopiervorlage zum Download zur Verfügung:

http://www.mbr-berlin.de/Materialien/Mobile_Beratung/94.html

„Eine Welt ohne Nazis ...“

... feierten am Samstag, dem 12.8.2006 mehrere hundert Bürger auf dem Bahnhofsvorplatz in Weimar. Das „Bündnis der Bürgerinnen und Bürger gegen

Rechtsextremismus“ sowie das „Bündnis der freien Träger der Jugendarbeit“ riefen dazu auf: „Weimar wach(t) gegen Nazis“. Bereits im Vorfeld hat die breite Mobilisierung der beiden Bündnisse und ihrer PartnerInnen die Rechtsextremen dazu bewogen, ihre Demonstrationsanmeldungen zurückzuziehen. Das bedeutet für die Zukunft, dass nicht Ignorieren sondern umfangreiche kreative Mobilisierung gegen rechtsextreme Tätigkeit/ Aufmärsche erfolgreich sind.

Aus diesem Grund fand trotzdem ein politisches Fest für Demokratie und Toleranz statt, an dem sich viele Künstlerinnen und Künstler wie der Zirkus Tasifan, die Sängerin Anne Steinhardt, der Sänger Günther von Dreyfuss, der Rapper Izak (leider zu spät), die DJs Corleone, Derbystar und Tight, die Moderatorin Kathrin Schuchardt mit politischen Beiträgen beteiligten.

Außerdem gab es eine Stadtratssitzung zum Thema Rechtsextremismus und Redebeiträge vom Oberbürgermeister Stefan Wolf, von Matthias Müller (Mobit) und verschiedenen Rednern u.a. des Antifacamps. Es beteiligten sich zudem an der Organisation für die Bühne die Firma „adapoe“, fürs Frühstück die „Heberer Bäckerei“ sowie die „Thüringer Fleisch- und Wurstwaren“, für die Ballons war das Atrium und deren Partner zuständig, Spedition TLS für den Truck (der dann nicht benötigt wurde, trotzdem vielen Dank!) ... aber natürlich auch die Gerberstraße, das Antifacamp, FC Inter, colour violence, die „Regenbogenfarben“, das mon ami, Salve TV, Radio Lotte, der DGB, tlz, ta, alle demokratischen Parteien und die vielen einzelnen Aktivisten ... (falls ich eine/n vergessen oder falsch geschrieben habe: sorry!) Das zeugt von dem breiten Bündnis gegen Rechtsextremismus in Weimar.

Die nächste Sitzung des „Bündnisses der Bürgerinnen und Bürger gegen Rechtsextremismus“ findet am Dienstag, den 12.9.2006 um 19.00 Uhr im mon ami statt, hier wird es u.a. um die Auswertung der Demonstration gehen.

Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus bei Radio „Lotte in Weimar“
E-Mail: weimar-gegen-rechts@web.de
www.weimar-zeigt-sich.de ■

Das letzte Nazifußballturnier in Pennewitz?!

THÜRINGEN. 5 Jahre lang konnten Neonazis weitgehend ungestört ein sommerliches Fußballturnier in Pennewitz organisieren. Dem Entfachen einer öffentlichen Debatte, nicht zuletzt durch antifaschistisches Engagement, ist es nun zu verdanken, dass es sich Bürgermeister Schubert drei Mal überlegen wird, ob er den Nazis nächstes Jahr sprichwörtlich wieder das Feld überlässt.


Ca. 200-250 Rechtsextreme waren gekommen

Nachdem die Presse das Thema öffentlich thematisierte, äußerten sich nun auch diverse PolitikerInnen zu den unhaltbaren Zuständen im 500 EinwohnerInnen-Dorf Pennewitz.

Ca. 200-250 Neonazis waren gekommen, um an der Seite ihrer KameradInnen zu kommunizieren, sich zu vernetzen, Propaganda auszutauschen oder einfach Fußball zu spielen und das schlechte Wetter zu genießen. Dass sich das Wetter als Antifaschistin entpuppte, passte den Rechtsextremen um Anmelder Kevin Hartung aus Pennewitz gar nicht. Nichtsdestotrotz die Veranstaltung wurde durchgezogen, schon einen Tag zuvor bauten die Neonazis 2 Pavillons auf und bereiteten den Platz für den kommenden Tag vor. Abgesichert wurde das Spektakel von der Thüringer Polizei (BePo und BFE), die im Gegensatz zu den Vorjahren in wesentlich höherer Präsenz vor Ort war.

Am Widerstand kann es jedenfalls nicht gelegen haben, dass die BeamtInnen in erhöhter Alarmbereitschaft waren. Das neonazistische Turnier wurde von Pennewitzer PolitikerInnen toleriert bzw. begrüßt. Bürgermeister Ulrich Schubert bezeichnete die OrganisatorInnen gar als „feine Kerle“ und dachte nicht einmal daran, den Rechtsextremen den Platz zu verwehren. Im Gegenteil. Die Schankgenehmigung wurde vom Ordnungsamt, trotz des Wissens wes Geistes Kind die OrganisatorInnen sind, ohne Wenn und Aber erteilt.

Das Problem stellen für Bürgermeister Schubert und die seinen nicht etwa die geistigen Enkel der alten Nazis dar, vielmehr sind es die Linksradikalen, die das Ansehen von Pennewitz durch das Thematisieren des Turniers in den Dreck ziehen könnten. Die „Gemeindeoberen“ scheinen mit Neonazis kein Problem zu haben, was leider für viele ländliche Regionen in Südthüringen charakteristisch ist.

Zwar fällt es den VerantwortungsträgerInnen immer leicht, sich von jeglichen Formen des Neonazismus auch öffentlich zu distanzieren, ihre Realpolitik sieht dagegen ganz anders aus. Neonazis und ihr gefährliches Gedankengut werden in Jugendclubs, Feuerwehren und auf Sportplätzen toleriert und gefördert. Jugendarbeit ist für Neonazis hier gar nicht mehr nötig. Pennewitz spielt dabei eine besonders finstere Rolle.

Sollte es nächstes Jahr zum 6. Fußballturnier der Rechtsextremen in Pennewitz kommen, werden wir wieder für massiven Widerstand sorgen.

www.agst.antifa.net
agst@systemli.org
Antifaschistische Gruppe Südthüringen ■

Wider die Tolerierung faschistischer Umtriebe Konferenz am 9.9.2006 in Berlin

Die Konferenz beschäftigt sich mit dem Verhältnis von deutschem Staat und Neofaschismus. Kompetente Referentinnen und Referenten setzen sich kritisch mit ausgewählten Aspekten staatlichen Handelns und der zugrundeliegenden politischen Haltung auseinander.

Es sprechen:
- Dr. Ralf Feldmann (Richter am Bochumer Amtsgericht, angefragt): „Aktuelle juristische Probleme der Auseinandersetzung mit Neofaschismus“
- Dr. Rolf Gössner (Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte): „Das Dilemma der ‚wehrhaften Demokratie‘ am Beispiel Verfassungsschutz und NPD-Verbotsverfahren“
- Brigitte Pothmer (MdB Bündnis 90/Die Grünen): „Parlamentarische Initiativen gegen Rechts“
- Dr. Ulrich Schneider (Bundessprecher VVN-BdA): „Die staatliche Variante des Geschichtsrevisionismus“
- Frank Brendle (wissenschaftlicher Mitarbeiter von Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE): „Traditions- und politisches Selbstverständnis der Bundeswehr“
- Bernhard Müller (Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“): „Der Staatsumbau und seine ideologischen Folgen“

9. September 2006, 13.00 bis 18.00 Uhr, ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Eintritt: 5,00 Euro; ermäßigt 3,00 Euro.

Veranstalter: VVN-BdA zusammen mit DRAFD, KFSR und Lagergemeinschaften unterstützt von der Rosa-Luxemburg- Stiftung

Heß-Kundgebung in Wunsiedel blieb verboten

Ersatzveranstaltungen in München, Jena und Berlin

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Entscheidung vom 25.6. das diesjährige Verbot der Versammlung unter dem Thema „Gedenken an Rudolf Heß" im bayerischen Wunsiedel bestätigt. Für den 19. August 2006 hatten wie in den Vorjahren alte und neue Nazis zum Gedenken an den Hitlerstellvertreter aufgerufen. Das Landratsamt hatte die Versammlung wegen Verstoßes gegen § 130 Abs. 4 Strafgesetzbuch (Volksverhetzung) verboten.

Damit gewannen die Anmeldungen diverser Ersatzveranstaltungen an Bedeutung. So hatte der NPD-Landesverband Thüringen eine Demonstration in Jena angemeldet. Das Motto „Für Meinungsfreiheit – Entweder ganz oder gar nicht" bezog sich eindeutig auf den genannten Paragrafen und damit auf das verbotene Heß-Gedenken. Die Stadt Jena erließ deshalb ebenfalls ein Verbot, das vom Verwaltungsgericht Gera aber wieder aufgehoben wurde. Auch Ersatzveranstaltungen in München und Berlin konnten stattfinden. Angemeldete Kundgebungen in Fulda und Altenburg sagten die Neofaschisten selbst kurzfristig ab. In allen Städten wurden die Aufmärsche von starkem Protest begleitet, konnten jedoch nicht verhindert werden.



Berlin



Jena





München



Wunsiedel

Jena

Überraschend stark fiel das Interesse und die Ablehnung der Jenaer Bürger und Bürgerinnen an der Nazidemo aus. Binnen weniger Tage wurde, nach der Aufhebung des Verbotes der Stadt Jena durch das Verwaltungsgericht Gera, die Gegendemonstration initiiert. Dem antifaschistischen Bündnis gegen den Hess-Marsch schlossen sich buchstäblich in letzter Minute bürgerliche Initiativen und Vertreter der Stadt an. Statt der angemeldeten 300 Demonstranten zählte die Polizeiführung bei einer Zwischenkundgebung 1800 Protestler. Auch der neue Oberbürgermeister Jenas begleitete die Demonstration, wie von ihm angekündigt, in der ersten Reihe.

Während des Demozuges, dessen Route spontan weiter in den Stadtkern verlängert wurde, sprachen u.a. VertreterInnen der bundesweiten Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen", antifaschistische Gruppen aus Südthüringen und Apolda, sowie das Thüringer Plenum gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm.

Demgegenüber blieb die erwartete Großveranstaltung auf brauner Seite in Jena aus. Obwohl nahezu die gesamte Thüringer Führungsriege anwesend war und die Heß-Veranstaltungen in Altenburg und Fulda abgesagt wurden, konnten nur 400 TeilnehmerInnen mobilisiert werden.

München

In München marschierten etwa hundert Neonazis aus NPD und „Freien Kameradschaften" unter dem Motto „Nur ein Esel glaubt noch an den Sozialstaat BRD – Rückführung statt Integration" durch die Innenstadt. Absperrgitter und mehrere Hunderschaften Polizei verhinderten, dass die rund 1000 GegendemonstrantInnen den Neonazis zu nahe kamen. Wie in Jena blieb die Mobilisierung auf Seiten der Neonazis unter den Erwartungen.

Berlin

„Meinungsfreiheit für nationale Sozialisten" forderten die in Berlin aufmarschierten Neofaschisten, denen von viel Polizei vier Stunden lang der Weg frei gemacht wurde. Entlang der Demoroute protestierten über 1000 AntifaschistInnen. Immer wieder konnte der Zug der Neonazis durch Sitzblockaden vorübergehend gestoppt werden. Bei rabiaten Polizeieinsätzen wurden etliche Antifaschisten von der Straße geprügelt und es kam zu einigen Festnahmen.

In Wunsiedel selbst blieb es ruhig. Wie im vergangenen Jahr gab es eine „Meile der Demokratie", einen Demozug durch die Stadt, und auch der Motorradclub Kuhle Wampe war wieder gekommen.

Die bundesweite Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen!" hatte ihre zentrale Mobilisierung für dieses Jahr abgesagt, da auch kein zentraler Hess-Marsch stattfand.

Die Kampagne wertet es jedoch als Erfolg der kontinuierlichen antifaschistischen Arbeit, dass die Neonazis es weder in diesem noch im letzten Jahr geschafft haben, einen zentralen Hess-Marsch auf die Beine zu stellen. „Die einigende Wirkung, die dieser Aufmarsch auf alle Spektren der rechten Szene hat, ist verpufft", heißt es in ihrer Erklärung.

Insgesamt waren an diesem Samstag „nur" rund 1 000 Nazis auf den Heß-Demonstrationen unterwegs. Zumindest das haben die Verbote im Vorfeld bewirkt, auch wenn sie nicht überall vor Gericht standhielten.

Nach Berichten auf http://germany..indymedia.org, junge Welt vom 21.8.06, Fotos: indymedia ■

Rechtsextreme Straftaten nehmen weiter zu

Berlin. Im Juni wurden bundesweit 1235 rechtsextreme Straftaten registriert, darunter 67 Gewalttaten, das geht aus der Antwort des Bundesministeriums des Inneren auf die monatliche Anfrage der Abgeordneten Petra Pau hervor. Galt der Mai 2006 bisher als „Rekord"-Monat, so liegen die Zahlen für Juni nochmals darüber. Sie bedeuten: Im Bundesdurchschnitt werden stündlich nahezu zwei Straftaten mit rechtsextremistischen Motiven registriert, wobei bei weitem nicht alles erfasst wird. Die realen Zahlen liegen deutlich höher.

PM Petra Pau, www.petrapau.de ■

NPD rechnet sich Chancen in Mecklenburg-Vorpommern aus

Mecklenburg-Vorpommern. Außerordentliche Anstrengungen unternimmt die NPD gegenwärtig, um am 17. September in den Landtag zu gelangen. Neben der Landesliste hat sie in allen 36 Direktwahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Mit einer breiten Kampagne gelang es ihr zunächst, 4200 bestätigte Unterstützungsunterschriften bei den Kreiswahlleitern einzureichen. In diesem Vorwahlkampf agitierte sie an fast 100 Informationsständen, davon jeweils mehr als 20 in Schwerin und in der Region Rostock sowie in vielen Gesprächen an Wohnungstüren und vor Einkaufszentren.

Zudem setzt die NPD eine beträchtliche Menge schriftlichen Materials ein. Seit Mitte Juni erhielt fast jeder Haushalt ihre erste Wahlkampfzeitung. Bis zum Wahltag sollen mindestens noch drei Themenflugblätter und eine weitere Wahlzeitung folgen. Einen zusätzlichen Schritt tat die NPD mit der Einrichtung eines NPD Wahlportals im Internet. Von dieser Seite können seit dem 1. August die eingesetzten Werbemittel der Partei heruntergeladen werden, die Profile der ersten zehn Landtagskandidaten eingesehen werden und es besteht die Möglichkeit, den Kandidaten Fragen zu stellen.

Holger Apfel, Wahlkampfleiter der NPD in „Mecklenburg und Pommern", wie er sich titulieren lässt (der Fraktionschef im sächsischen Landtag ließ sich vorübergehend von einigen Funktionen in Dresden beurlauben), bezeichnete die Freischaltung des Wahlportals als den „Start einer umfassenden Informationsoffensive", die in den nächsten Wochen alle Wähler im Bundesland erreichen soll. Er bekräftigte den Anspruch der NPD, am 17.9. mit „7 Prozent plus X" in den Schweriner Landtag einzuziehen. Bundesweit wirbt er im Internet um „großzügige Kampfspenden".

In der Außenwerbung hat die NPD ihrem Landesverband im Norden beim Pressefest der „Deutschen Summe" in Dresden entsprechenden Raum eingeräumt (Informationsstand, Werbemittel) und eine spezielle Pressekonferenz anberaumt mit dem Spitzenkandidaten Udo Pasteurs, mit Wahlkampfleiter Apfel und mit dem Landesvorsitzenden Stefan Köster.

Die Sorgen der demokratischen Kräfte in Mecklenburg-Vorpommern bestehen vor allem darin, dass eine geringe Wahlbeteiligung den hochmotivierten Anhängern der NPD am Wahltag in die Hände spielen könnte. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der NPD kämpfen sie deshalb vor allem auch um eine hohe Wahlbeteiligung.

Niedersachsen

Für den niedersächsischen Kommunalwahlkampf ist bedeutsam, dass auch in diesem Bundesland in der letzten Zeit das rechtsextreme Potential angewachsen ist. Hochburgen militanter Neonazis befinden sich im südlichen und südöstlichen Niedersachsen, im Bremer Umland, in den Kreisen Verden und Stade, in der Lüneburger Heide und im Wendland. Hinsichtlich der Zahl rechtsextremer Straf- und Gewalttaten rangiert Niedersachsen bundesweit mit an der Spitze.

Dass die neonazistischen Aktivitäten nicht zu unterschätzen sind, zeigen auch die neuesten Absichten von Rieger, jetzt in Delmenhorst ein 100-Betten- Hotel zu erwerben, um es zu einem Schulungszentrum der Naziszene auszubauen. (siehe Bericht S. 5)

Newsletter der AG Rechtsextremismus / Antifaschismus der Linkspartei. PDS Antifa — aktuell 7/2006 ■

Berlin

Zur Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin, ebenfalls am 17.9., kandidiert der NPD-Vorsitzende Udo Voigt auf Platz 1, gefolgt von Manuela Tönhardt (DVU). Auf den weiteren Listenplätzen finden sich: Eckart Bräuniger, Jörg Hähnel, Frank Schwerdt, Torsten Meyer, Thomas Vierk, André Markau, Hans-Joachim Henry, Karl-Heinz Burkhardt, Igor Moder, Andreas Storr, Susanne Schweigert und Matthias Wichmann. ■



Seitdem im März diesen Jahres bekannt wurde, dass die muslimische Ahmadiyya-Gemeinde im nordostberliner Stadtteil Heinersdorf eine Moschee errichten möchte, vergeht kaum eine Woche, in der das Thema in Politik und Medien kein Aufsehen erregt oder rassistische Hetze gegen die Moschee auftaucht. Die lokale Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger e.V.i.G.", der Heinersdorfer Pfarrer und Neonazis, allem voran die NPD, mobilisieren seitdem gegen das Projekt. Heinersdorf ist allerdings kein Lokalproblem. Der Anti-Moschee-Protest zieht konservatives und neonazistisches Publikum aus dem gesamten Stadtgebiet an. Seit April kamen bis zu 2500 TeilnehmerInnen zu den rassistischen Aufmärschen in Heinersdorf. Der Protest wird außerdem vom CDU-Bürgermeisterkandidaten Friedbert Pflüger unterstützt und trifft in weiten Teilen der CDU-Basis auf klammheimliche Sympathie, bis hin zu offener Unterstützung. Die NPD-Pankow rekrutiert über den Anti-Moschee-Protest eifrig Jungnazis und erfreut sich dabei einer aktiven Unterstützung des NPD-Landesverbandes, der zur Zeit einen Großteil seiner Ressourcen in die Kampagne steckt. Egal, wie sehr sich die BürgerInnen von Rechtsextremisten distanzieren, die Anschlussfähigkeit für Nazis ist stets gegeben. Nur wenig unterscheiden sich ihre Argumente von denen der Rechten. Die Probleme, wie z.B. Kriminalität in sozialen Brennpunkten wie Neukölln werden mit MigrantInnen/Muslimen/a de facto gleichgesetzt. Aussagen wie „Die passen hier nicht rein" und „Jede Kirche gehört in das Land, wo sie herkommt" sind nahezu deckungsgleich mit NPD-Parolen wie „Jeder ist Ausländer, nur da nicht wo er hingehört". Die Ahmadiyya ist eine erzkonservative, aber nicht militante Gemeinde. Ihre Mitglieder lehnen den Bewaffneten Jihad ab und viele von ihnen werden in ihren Herkunftsländern verfolgt. Aktuell wurde in Indonesien gegen sie eine Fatwa verhängt. An derlei feinsinnigen Unterscheidungen scheint die Heinersdorfer Mehrheit allerdings nicht interessiert zu sein.

Die Moschee wäre die erste in Ost-Berlin und gleichzeitig ist sie die erste, die mit einem derart großen, rassistischen Widerstand konfrontiert wird. Während des Wahlkampfes wird die Moschee eines der brenzligsten Themen im Bezirk und in Berlin darstellen. Wir wollen diejenigen in Heinersdorf stärken, die Rassismus ablehnen, aber innerhalb des rassistischen Mainstreams isoliert sind. Darum wollen wir am 27. August auf die Straße gehen und gerade während der Wahlzeit mit antirassistischen Inhalten intervenieren.

Kurzaufruf des Bündnisses ■

Antirassistische Demonstration
27. August 2006 / 15 Uhr / Berlin / S. & U.-Bahnhof Pankow

Schwerin. Über 120 Künstler haben einen offenen Brief gegen die Schweriner Arno-Breker-Ausstellung unterschrieben. Mit dem schriftlichen Protest wenden sie sich gegen die Unterstützung der Arno-Breker-Ausstellung im kommunalen Schleswig-Holstein-Haus in Schwerin durch öffentliche Mittel.

Kritik an Breker-Ausstellung geht weiter

Der Brief ist unter anderem von dem Präsidenten der Berliner Akademie der Künste, Klaus Staeck, dem Präsidenten der Schriftstellervereinigung PEN-Zentrum Deutschland, Johano Strasser, und der Künstlerin Rosemarie Trockel unterschrieben.

Unterzeichnet haben außerdem die bildenden Künstler Günther Uecker, HA Schult und Jochen Gerz sowie Drehbuchautor Fred Breinersdorfer und der Schriftsteller Peter Rühmkorf.

In der seit 1945 ersten öffentlichen Einzelausstellung des Werkes von Arno Breker im kommunalen Schleswig-Holstein-Haus in Schwerin sollen „angeblich die verschiedenen Facetten bei Breker zur Diskussion gestellt werden“, heißt es in dem am Dienstag in Berlin veröffentlichten Schreiben. „In Wirklichkeit wird, naiv oder mutwillig, dieses in gigantischen Ausmaßen die Gewalt verherrlichende Werk, verklärt, verharmlost, sogar rein gewaschen“, kritisieren die Künstler, Autoren, Kunsthistoriker und Museumsdirektoren aus dem In- und Ausland.

„Wir wenden uns schärfstens dagegen, dass hier im Schleswig-Holstein-Haus künstlerische und moralische Maßstäbe, wie sie bisher in den öffentlichen Institutionen selbstverständlich waren, revidiert und bewusst über Bord geworfen werden.“ Breker habe in der bildhaften Propaganda von Hitlers Rassenwahn die erste Rolle gespielt, habe sich willfährig von dem verbrecherischen NS-Regime einspannen lassen.

„Solch ein Werk durch eine öffentliche Einzelausstellung zu rehabilitieren, seine menschenverachtenden Inhalte zu minimieren, wie es hier geschieht, halten wir für verantwortungslos.“ Dieser „Dammbruch ethischer Grundprinzipien“ dürfe nicht Schule machen.

Die Ausstellung wurde finanziell unterstützt vom Land Mecklenburg-Vorpommern und der Stadt Schwerin, die Träger des Kunsthauses ist.

Quelle: Focus-online ■

Neue Hausordnung in der Wewelsburg

PADERBORN. Die Wewelsburg bei Büren im Kreis Paderborn war in den letzten Jahren ein beliebter Besuchsort rechtsextremer und okkulter Kreise. In der Nazizeit von Heinrich Himmler als Kultstätte auserkoren und zum ideologischen Zentrum der SS ausgebaut, waren auch in der jüngsten Vergangenheit SS-Totenehrenhalle und SS-Obergruppenführersaal Anziehungspunkt und Pilgerstätte für Rechtsextreme. Nun wurde solchem Treiben ein weiterer Riegel vorgeschoben. Neben wissenschaftlicher Dokumentation und Einbeziehung der Gedenkstätte des daneben liegenden ehemaligen KZ Niederhagen sorgt auch eine neue Hausordnung dafür, dass ungebetene Gäste fern gehalten werden können. Nicht nur das Tragen rechtsextremer Kennzeichen, sondern auch „rechtsextreme, rassistische, antisemitische und sexistische Äußerungen in Wort, Schrift oder Gesten“ sind im Museum untersagt. Rechtsextreme Gruppen aus Stuttgart und Wismar wurden schon nach Hause geschickt.

Newsletter der AG Rechtsextremismus / Antifaschismus der Linkspartei. ■





Die zeitgeschichtliche Dokumentation **„Wewelsburg 1933 - 1945. Kult- und Terrorstätte der SS“** wurde 1982 gegründet und informiert über die SS-Herrschaft in Wewelsburg. Gleichzeitig ist sie Gedenkstätte für die Opfer des KZ Niederhagen/Wewelsburg. Im Rahmen eines Rundgangs können die erhaltenen, früheren SS-Kulträume im Nordturm der Wewelsburg besichtigt werden. Nach Voranmeldung können die Bibliothek, die archivalische Sammlung und die Videothek zum Thema Nationalsozialismus genutzt werden.

Die Besichtigung der „Kultstätten der Wewelsburg“ und der Besuch der Dokumentation „Wewelsburg 1933 - 1945 im ehemaligen Wachhaus der Burg führt einem durch die lebensnahe Dokumentation ihrer SS-Geschichte lebendig vor Augen, zu welchen absurden und unmenschlichen Perversionen eine in westlicher und christlicher Tradition stehende Gesellschaft in der Lage ist. Der Besuch hilft auf der Suche nach Ursachen und Widerstandsmöglichkeiten und vermittelt eine Ahnung, welcher riesige kulturelle Schritt nötig ist, um uns davon völlig zu entfernen.

pb ■

Hunderte Anzeigen gegen Kriegsverbrecher seit drei Jahren unbearbeitet

Antifaschistische Historiker wünschen mehr Eifer der Staatsanwälte

von Ulrich Sander

Unterlagen von Ermittlungsverfahren gegen Hunderte ehemaliger Wehrmachtssoldaten aus Gebirgsjägereinheiten liegen noch immer unbearbeitet im Archiv der Zentralen Stelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg. Antifaschistische Rechercheure hatten diese Verfahren ausgelöst, so die VVN-BdA und die Gruppe Angreifbare Traditionspflege. Sprecher dieser Organisationen erklärten nun: „Leider haben wir seit drei Jahren nichts mehr aus Ludwigsburg und von anderen angeschriebenen Staatsanwaltschaften gehört."

Recherchiert wurde wegen nationalsozi alistischer Gewalt- und Kriegsverbrechen in Italien, Frankreich, Jugoslawien, Polen, Albanien, Griechenland und der UdSSR. Obwohl allein von Angehörigen der Wehrmachts-Gebirgsjäger Massaker in 58 Orten nachweisbar sind, wurde bisher kein einziger Gebirgsjäger vor ein deutsches Gericht gestellt.

Einzelne Ermittlungsverfahren wurden von Ludwigsburg an regionale Staatsanwaltschaften abgegeben. Doch – so wird von den Rechercheuren vermutet - die zuständigen Staatsanwaltschaften verschleppen die Verfahren, bis die Kriegsverbrecher verhandlungsunfähig oder gestorben sind.

Wegen folgender Mord- und Gräueltaten einzelner Gebirgsjägerregimenter wird zur Zeit staatsanwaltschaftlich ermittelt:

Am 16. August 1943 überfiel die 12. Kompanie des Gebirgsjägerregiments 98 den griechischen Ort Kommeno und ermordete 317 Kinder, Frauen und Männer. Vorermittlungen gegen Angehörige des Gebirgsjägerregiments wegen dieses Massakers sind zwar 2003 auch auf Grundvon Protesten bei Traditionstreffen der Gebirgsjäger von der Staatsanwaltschaft München aufgenommen worden, Entscheidungen lassen aber auf sich warten. Bisher wird lediglich Material gesammelt, es wird geprüft, welche möglichen Täter noch leben und es muss entschieden werden, welche örtliche Staatsanwaltschaft zuständig ist.

Auch die Staatsanwaltschaft der Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen in Dortmund ermittelt seit 2002 nach noch lebenden Tätern des Gebirgsjägerregiments 98. Sie waren im September 1943 an der Massenerschießung von circa 5.000 italienischen Soldaten auf der griechischen Insel Kephallonia beteiligt. Der Münchner Staatsanwalt Konstantin Kuchenbauer sagt, das Verfahren gegen einen ehemaligen Leutnant und einen ehemaligen Feldwebel des Gebirgsjägerregiments 98 wegen der Erschießungen auf Kephallonia sei nahe an einer Anklage. Der Leutnant gab den Hinrichtungsbefehl, der Feldwebel vollstreckte ihn.

Letztes Jahr übergaben der Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege und die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes VVN-BdA dem Polizeichef in Garmisch-Partenkirchen eine Strafanzeige gegen Angehörige des SS-Polizei-Gebirgsjägerregiments 18 wegen Beihilfe zum Massenmord, unter anderem wegen deren Beteiligung an der Deportation der Athener Jüdinnen und Juden nach Auschwitz. Auf zusätzlichen Druck des Simon Wiesenthal Institutes nahm die Zentrale Stelle der Staatsanwaltschaften in Ludwigsburg Ende 2005 deswegen Ermittlungen auf. Der Traditionsverein des SS-Polizei-Gebirgsjägerregiments 18 gehörte bis Juni 2005 als Untergliederung zum Kameradenkreis der Gebirgstruppe und wurde letztes Jahr auf Grund von Protesten und Recherchen aus dem Kameradenkreis ausgeschlossen.

Die Historikerin Regina Mentner von „Angreifbare Traditionspflege": „Wenn der Kameradenkreis sich tatsächlich mit den NS-Verbrechen deutscher Gebirgstruppen innerhalb der nationalsozialistischen Wehrmacht auseinandersetzen wollte, würde er jedoch nicht nur eine einzelne Kameradschaft ausschließen, sondern auch deren Angehörige, die als Einzelpersonen nach wie vor Mitglied des Kameradenkreises sind – wie der in Garmisch-Partenkirchen lebende ehemalige Offizier des SS-Polizei-Gebirgsjägerregimentes 18 Karl Staudacher."

Eine Liste mit 196 Namen ehemaliger Gebirgsjäger, deren Einheiten für Massaker und Geiselerschießungen in verschiedenen europäischen Ländern verantwortlich sind, wird seit 2003 bei der Staatsanwaltschaft München immer noch geprüft und geprüft.

Ermittlungsverfahren wegen NS-Kriegsverbrechen während der deutschen Besatzungszeit machen derzeit jedoch in Italien Fortschritte.

Mitte der 90er Jahre wurde bei der Militärstaatsanwaltschaft in Rom ein Bestand alter Vorermittlungsakten von deutschen Kriegsverbrechen in Italien im sogenannten „Schrank der Schande" entdeckt. Auf Grund dieser Akten verurteilte das Militärgericht in La Spezia im Juni 2005 zehn ehemalige SS-Angehörige in Abwesenheit wegen vorsätzlichem Mord zu lebenslanger Haft. Sie gehörten zur 16. SS-Panzergrenadier-Division „Reichsführer SS" und sind verantwortlich für das Massaker in dem toskanischen Dorfes Sant'Anna di Stazzema, wo am 12. August 1944 560 Menschen ermordet wurden. Die Überlebenden von Sant'Anna wollen erreichen, dass die verantwortlichen Massenmörder, endlich auch in Deutschland verurteilt werden. Sie haben eine anwaltliche Vertretung in Deutschland, die eine der Nebenklage durchführen will. Um das deutsche Schweigen über diese Kriegsverbrecher zu beenden, fanden im Mai dieses Jahres in neun deutschen Städten zwei Wochen lang in unmittelbarer Nähe der Wohnungen der Beschuldigten Kundgebungen von Antifaschisten statt. Es handelt sich um Werner Bruß (Hamburg), Alfred Mathias Concina (Freiberg), Ludwig Göring (Karlsbad, BaWü), Karl Gropler (Wollin, Brandenburg), Georg Rauch (Rümmingen, BaWü), Horst Richter (Krefeld), Heinrich Schendel (Ortenberg, Hessen), Alfred Schöneberg (Düsseldorf) und Gerhard Sommer (Hamburg).

Anfang Februar 2006 wurde vor dem Militärgericht La Spezia die Eröffnung eines weiteren Mordverfahrens beantragt. Es richtet sich ebenfalls gegen ehemalige Angehörige der 16. SS-Panzergrenadierdivision „Reichsführer SS". Die in Deutschland lebenden Angeklagten stehen unter Verdacht, im Herbst 1944 im italienischen Marzabotto und den umliegenden Ortschaften mehr als 900 Zivilisten massakriert und ermordet zu haben.

Gegen einen 84-jährigen ehemaligen Soldaten der Fallschirm-Panzer-Division „Hermann Göring", der im Raum Tübingen lebt, hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart Ende Januar 2006 Anklage erhoben. Ihm wird vorgeworfen, am 19. Juni 1944 an der Ermordung von etwa 20 Menschen des Ortes Civitella beteiligt gewesen zu sein. Die 5. Große Strafkammer des Landgerichts Tübingen muss nun entscheiden, ob ein Verfahren eröffnet wird.

Gegen den ehemaligen Wehrmachtsoffizier des 274. Infanterieregiments Klaus Konrad ist seit 2004 ein Ermittlungsverfahren in Italien wegen eines Massakers in San Polo bei Arezzo in der Toskana anhängig. Der 92-Jährige aus Schleswig-Holstein, der von 1969 bis 1980 für die SPD im Bundestag saß, leugnet bis heute Schuld und Verantwor-

→

Gunter Demnig wird alternativer Ehrenbürger von Köln

Antifaschistische Stolpersteine werden gewürdigt

Über 500 Menschen versammelten sich am 20. August vor dem Kölner Rathaus, um zum zweiten Mal eine alternative Ehrenbürgerschaft – diesmal an Gunter Demnig – zu vergeben. Aber – „Was heißt schon alternativ?" erklärte der Kabarettist Heinrich Pachl: „Alternativ ist nicht der Gegensatz zum Offiziellen, sondern bedeutet sinnvoll und da, wo es notwendig ist, zu handeln, einzugreifen, aktiv zu werden." Und das tut der Künstler Demnig seit vielen Jahren.

Gunter Demnig ist bundesweit durch seine Stolpersteine bekannt. In 174 Städten der Bundesrepublik liegen die kleinen, durch ihre Messingplatten golden glänzenden Steine, die an die Opfer des Faschismus gedenken.



In ihrer Laudatio sagte Elke Heidenreich: „Du hast eine Art Erinnerung geschaffen, die jedes andere teure Denkmal ins Abseits stellt. Die Steine liegen und glänzen – und sie provozieren."

Die Kölner VVN/BdA gratulierte Demnig und schrieb ihm: „Diese Wirkung Ihrer Arbeit ist unseres Erachtens nicht hoch genug zu schätzen. Sie wird noch um ein Vielfaches verstärkt durch die Datenbank, die seit kurzem im Internet verfügbar ist. Auch dafür an Sie, Frau Richert und das NS-Dokumentationszentrum unseren herzlichen Dank."

Gunter Demnig betonte: „Ohne die vielen örtlichen Initiativen wäre meine Arbeit nicht möglich gewesen."

jöd ■



Fotos: www.arbeiterfotografie.com



---

tung an der Ermordung von 48 italienischen Männern.

Die bei der Dortmunder Staatsanwaltschaft befindliche Zentralstelle NRW für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen ermittelt gegen Heinrich Nordhorn aus Greven im Münsterland, während des Zweiten Weltkrieges Angehöriger der Schweren Heeres-Panzerjägerabteilung 525. Vor der Militärstaatsanwaltschaft La Spezia läuft das Verfahren seit dem 19. April 2006 in Abwesenheit des Angeklagten. Nordhorn wird vorgeworfen, im September 1944 an der Erhängung von zehn Zivilisten, die im Gefängnis Forli einsaßen, beteiligt gewesen zu sein.

Die recherchierenden Gruppen sind der Meinung: Die Anstrengungen, die von der deutschen Justiz gegen überlebende mutmaßliche deutsche Kriegsverbrecher unternommen werden, entsprechen weder in Tempo noch Intensität den Notwendigkeiten angesichts der vorgeschrittenen Zeit und der Bedeutung für die Bearbeitung der deutschen Vergangenheit. ■

Der Bundesausschuss Friedensratschlag lehnt einen Bundeswehreinsatz im Nahen Osten kategorisch ab. Deutschland sei nicht neutral in diesem Konflikt. Nötig sei Aufbauhilfe statt Militäreinsatz. Die Resolution 1701 verlange eine umfassende Nahost-Lösung. Es sei eine Neuorientierung der deutschen Nahostpolitik nötig. Wir dokumentieren die Erklärung.

Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag, 16. August 2006

Keine Bundeswehr in den Nahen Osten!

Kassel, 16. August 2006 – Zu den Auseinandersetzungen um eine deutsche Beteiligung an einer UN-Militärmission im Libanon und zu den weiteren Aktionen der Friedensbewegung gab der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag folgende Erklärung ab:

Der Bundesausschuss Friedensratschlag lehnt einen Bundeswehreinsatz im Nahen Osten kategorisch ab. Die Diskussion, die in der Regierungskoalition und zwischen den Oppositionsparteien FDP und Grünen geführt wird, geht haarscharf an den wirklichen Problemen vorbei.

Die UN-Mission verlangt Soldaten. Polizeikräfte (etwa die Bundespolizei), die Berlin ins Gespräch brachte, sind in der aufzustellenden Blauhelmtruppe nicht vorgesehen. Alles andere, nur keine Soldaten in den Nahen Osten zu schicken, bedeutet dabei sein zu wollen, ohne wirklich dabei zu sein. Deutschland als omnipräsente Weltmacht!? Das häufig vorgebrachte Argument (gegen einen Bundeswehreinsatz), deutsche Soldaten dürften unter keinen Umständen in eine Lage gebracht werden, dass sie evtl. auf israelische Soldaten schießen müssten, ist aus mehreren Gründen aufschlussreich:

◗ Erstens ist es ein unfreiwilliges Eingeständnis der mangelnden Neutralität Deutschlands im Nahostkonflikt. Solange Berlin einseitig die Position Israels und damit auch der USA einnimmt, kann es weder Vermittler, „Makler" oder neutraler Akteur in einer multinationalen Blauhelmtruppe an einem so neuralgischen Punkt sein. Niemand käme z.B. auf die Idee, US-Truppen für einen solchen Job anzufordern.

◗ Zweitens versteckt sich hinter dem Argument ein latenter Rassismus. Im Umkehrschluss heißt es doch nicht anders als: Auf alles andere, auf islamische Hisbollah-Kämpfer, auf libanesische Soldaten, auf Hamas-„Terroristen", auf irgendwelche anderen „Araber" kann sehr wohl geschossen werden, nur Israelis sind „Tabu". Das ist eine nur sehr unvollständige Konsequenz aus der deutschen Geschichte. Aus der unheilvollen deutschen Geschichte der millionenfachen Judenvernichtung und der Behandlung anderer, insbesondere slawischer Völker als „Untermenschen" gibt es als wichtigste Lehre zu ziehen: Deutschland darf Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, Herkunft, Religion usw. nie wieder als mehr oder weniger „minderwertig" klassifizieren. Deutschland muss das Lebensrecht aller Menschen gleich hoch bewerten. Die Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung 1948 und in den beiden Menschenrechtskonventionen („Sozialpakt" und „Zivilpakt", 1967) verankert wurden, haben universelle Gültigkeit.

◗ Drittens wird in Berlin so getan, als könne man dem zerstörten Libanon (allein die materiellen Kriegsschäden gehen in die Milliarden) nun vor allem mit deutschen Soldaten helfen. Nein, die Mittel, die von einer evtl. Bundeswehrmission in Anspruch genommen würden, sind viel besser in konkreter ziviler Aufbauhilfe aufgehoben. Gerade weil die deutsche Bundesregierung nichts, aber auch gar nichts unternommen hat, um Israel vom Libanonfeldzug abzuhalten, ist sie moralisch und politisch in der Pflicht, wenigstens jetzt dem zerstörten Land zu helfen.

Die Umsetzung der UN-Resolution 1701 (2006) verlangt von den teilnehmenden Blauhelmtruppen zur Sicherung der israelisch-libanesischen Grenze (der sog. „Blauen Linie") strikte Neutralität. Die libanesische Armee, die nun in den Südlibanon einzieht, wird zum Teil aus eingegliederten Kräften der Hisbollah bestehen (anders wird es keine funktionierende libanesische Armee geben). Mit ihr gilt es zusammenzuarbeiten; das wiederum setzt Neutralität voraus. Eine solche Neutralität ist im Fall der Bundeswehr nicht gegeben. Außenminister Steinmeier hat soeben mit der Absage seines Syrienbesuchs deutlich gemacht, dass Deutschland im Nahostkonflikt eindeutig auf der Seite Israels und der USA steht.

Nun wird man davon ausgehen können, dass andere Nationen, die sich an der Blauhelmtruppe beteiligen wollen (Italien, Frankreich), auch nicht neutral sind. Es stellt sich ohnehin die Frage, ob eine UN-Truppe, auch wenn sie – wie die seit 1978 stationierte UNIFIL – von seither 2.000 auf 15.000 Mann aufgestockt wird, im Friedensprozess des Nahen Ostens hilfreich sein kann. In dem Augenblick, da sich die gegenüber stehenden Parteien (hier: Israel und Libanon bzw. Hisbollah, dort Israel und die Palästinenserbehörde bzw. Hamas, dort Israel und Syrien) nicht mehr an den Waffenstillstand halten und nicht bereit sind, in ernsthafte Verhandlungen miteinander einzutreten, hilft auch die UN-Truppe nicht. Hier gälte es vielmehr, politisch auf die Parteien einzuwirken, in einen umfassenden Friedensprozess einzutreten.

Genau dies verlangt im Grunde genommen auch die Resolution 1701. In Ziffer 18 heißt es unmissverständlich, dass der Waffenstillstand genutzt werden solle, um einen „umfassenden, gerechten und anhaltenden Frieden im Nahen Osten" auf der Grundlage aller „relevanten UN-Resolutionen" herbeizuführen. Aufgeführt werden namentlich die Resolutionen 242 (1967) und 338 (1973), in denen der Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten auf die Grenzen von 1967 verlangt und ein Rückkehrrecht der Flüchtlinge anerkannt wird.

Und genau hierin liegt auch der Schlüssel für die Lösung so mancher Probleme im Nahen Osten.

Die Diskussion um eine Beteiligung deutscher Truppen im Libanon führt in die Irre. Zu diskutieren wäre vielmehr über einen politischen Beitrag zu einer umfassenden Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Wem es wirklich ernst ist um die Sicherheit Israels, muss endlich auch die Sicherheitsinteressen der anderen Seite(n) anerkennen. Dies erfordert von der Bundesregierung eine vollkommene Neuorientierung ihrer Nahost-Politik.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Peter Strutynski (Sprecher)
E-Mail: peter.strutynski@gmx.de
www.uni-kassel.de/fb5/frieden/ ■

Zum Antikriegstag am 1. September finden in vielen Städten Kundgebungen und Demonstrationen statt. Das Netzwerk Friedenskooperative hat auf seiner Website etliche Termine zusammengestellt: www.friedenskooperative.de

Serif Akbulut: 2. und 3. Abschiebeversuch gescheitert

FRANKFURT. Offensichtlich als Überraschungscoup der Behörden geplant, wurde am 8. August abends zum zweiten Mal versucht, Serif Akbulut, der mittlerweile seit über einem Monat in Wiesbaden in Abschiebehaft sitzt, in die Türkei abzuschieben. Weder Anwalt noch Familienangehörige waren informiert, doch im Flugzeug gelang es Serif Akbulut in letzter Minute erneut, den Piloten zu überzeugen, ihn nicht gegen seinen Willen zu transportieren. Zwei private Sicherheitsbegleiter und ein Arzt waren von den Behörden zur Abschiebedurchsetzung mit an Bord geschickt worden, und nach dem Abbruch wurden ihm von den Begleitbeamten sogleich weitere Abschiebeversuche für die nächsten Tage angekündigt.



Der junge Mann, der seit über 8 Jahren in Deutschland lebt, der hier bestens integriert ist und sich nicht von seinen kranken Eltern trennen lassen will, besteht jedoch auf seinem Bleiberecht.

„Zwar reden immer mehr Politiker über die Notwendigkeit, integrierte junge Menschen im Duldungsstatus endlich ein Bleiberecht zu geben. Doch im Fall von Serif Akbulut soll ein voll integrierter junger Mann nun um jeden Preis weggeschafft werden," kritisiert Hagen Kopp vom Bündnis für Bleiberecht die neue Zuspitzung. „Wir appellieren an das Regierungspräsidium und das Innenministerium, endlich ein Einsehen zu haben, Serif Akbulut freizulassen und damit diesem unmenschlichen Abschiebedrama ein Ende zu bereiten".

Am Mittwoch nächster Woche läuft die vom Gericht verfügte Abschiebehaft aus. Das Bündnis für Bleiberecht hofft, dass Serif Akbulut dann wieder freigelassen wird und erneut die Betreung seiner schwer kranken Mutter übernehmen kann.

Die amtsärztliche Untersuchung bezüglich der Mutter, in dem Ende Juli ohne weitere Prüfung der vorliegenden fachärztlichen Gutachten eine „Flugtauglichkeit" attestiert worden war, gerät nun auch von Seiten der Landesärztekammer in die Kritik. „Diese Untersuchung, durchgeführt vom Amtsarzt Dr. Schubert im Auftrag der Ausländerbehörde in Gelnhausen, entspricht nicht im Mindesten den Richtlinien der Hessischen Landesärztekammer", formuliert Dr. Girth, Menschenrechtsbeauftragter der Landesärztekammer, seine Kritik sehr eindeutig. Vor diesem Hintergrund fordert das Bündnis für Bleiberecht nochmals eine zweite Untersuchung, die diesen Namen dann auch wirklich verdient.

Abschiebedrama geht weiter, Behörden zeigen sich gnadenlos.

Am 11. August erfolgte der dritte Abschiebeversuch. Behörden und Bundespolizei wollen Serif Akbulut offensichtlich um jeden Preis abschieben. Erneut aber hat der Pilot, diesmal von der Lufthansa, die Abschiebung abgebrochen.

In der Zwischenzeit haben Pfarrerinnen und Pfarrer aus dem Main-Kinzig-Kreis und Kreis Fulda in einem Offenen Brief dringlich an das Hessische Innenministerium appelliert, der Ankündigung einer Bleiberechtsregelung auch endlich Taten folgen zu lassen und insbesondere Serif Akbulut sofort freizulassen.

„Serif Akbulut pendelt zwischen Abschiebehaft und Flugzeug, ständig in Angst und Ungewissheit, was mit ihm in den nächsten Stunden passiert. Die Verantwortlichen haben offensichtlich überhaupt keinen Begriff davon, was sie hier einem jungen Menschen und seiner Familie antun," kommentiert Hagen Kopp vom Bündnis für Bleiberecht den neuerlichen Abschiebeversuch.

Serif sitzt jetzt wieder in der JVA-Preungesheim und wartet dort auf die Abschiebehaftprüfung am 16. August.

Die Unterstützung für die Familie Akbulut wird täglich breiter, das Unverständnis gegenüber dem gnadenlosen Verhalten der Behörden immer größer. Gemeinsam u.a. mit den PfarrerInnen, dem Fußballverein in Salmünster, der unlängst im Hessenfernsehen seine Solidarität mit ihrem Mitspieler Serif Akbulut ausgedrückt hat, sowie mit Verwandten und Freunden wird sich das Bleiberechtsbündnis unvermindert für die Freiheit von Serif einsetzen.

nach Pressemitteilungen des Bündnis für Bleiberecht Hanau/Main-Kinzig www.freiheit-fuer-serif.tk/ ■

Aufruf zur Unterstützung bei Verhandlung von Attikpasso Lawson

GERA. Attikpasso Lawson befindet sich noch immer in Abschiebehaft und seine Situation ist dramatisch. Am Verwaltungsgericht Gera (Hainstr. 21, Gera) findet am 30. August 2006 um 13.30 Uhr im Sitzungsraum 102 eine mündliche Anhörung zu seinem Asylverfahren statt.

Der Abschiebetermin wurde bereits festgesetzt und der Flug gebucht für den 7. September 2006.

Zum Hintergrund: Wegen Folterung und illegaler Festnahme in seiner Heimat Togo beantragte Attikpasso Latevi Lawsson im Herbst 1998 Asyl in Deutschland. Mehrere psychologische Gutachten bestätigten eine direkt aus der Folter in Togo stammende posttraumatische Belastungsstörung. In Deutschland setzte sich der aktive Künstler in seinen Werken weiterhin mit politischen Themen auseinander. Zuletzt stellte er im Erfurter Rathaus auf der Oberbürgermeisteretage eine Reihe seiner neuesten Arbeiten vor.

Das Verwaltungsgericht Gera lehnte im Herbst 2005 sein Asylgesuch trotz der Gutachten von Fachärzten ab. Auch der Befund des durch das Gericht beauftragten Gutachters wurde nicht zur Begründung eines humanitären Bleiberechtes genutzt. Attikpasso konnte nicht die dringend notwendige traumaspezifische Therapie antreten. Insbesondere nach der Ablehnung des Asylgesuches spitzte sich seine Angst dramatisch zu. Er verfasste im März 2006 einen Brief mit psychotischem, bedrohlichem Inhalt an das Verwaltungsgericht in Gotha.

Der aufgrund dieses Briefes eingeleitete Maßregelvollzug wurde mit der Einschätzung der Ungefährlichkeit beendet. Attikpasso Latevi Lawson befindet sich derzeit in Vorbereitungshaft im Abschiebehaftteil der JVA Goldlauter!

Aufgrund der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Togo fordert der UNHCR seit längerem einen Abschiebestopp nach Togo:

Mit Blick auf die Situation abgelehnter Asylsuchender aus Togo begrüßte der UNHCR-Vertreter die Entscheidung Mecklenburg-Vorpommerns, Abschiebungen für sechs Monate auszusetzen. „Wir haben die anderen Bundesländer gebeten, diesem Schritt zu folgen", sagte der UNHCR-Vertreter Köfner.

Flüchtlingsrat Thüringen, info@fluechtlingsrat-thr.de ■

Härtefallverordnung eine „Enttäuschung"

HANNOVER. Die am 23.7.06 im niedersächsischen Kabinett beschlossene Härtefallverordnung haben die Landtagsgrünen „als Enttäuschung" bezeichnet. „Dem Ansinnen der Opposition, der Kirchen und der Flüchtlingsverbände, eine humanitäre Regelung für Flüchtlinge zu erreichen, ist in keinster Weise Rechnung getragen worden", sagte die Abgeordnete Filiz Polat, die die Grünen im Petitionsausschuss vertritt.

Als absurd bezeichnete die Grünen-Politikerin die Tatsache, dass in der

Kommission kein Mitglied aus dem Bereich der Migrations- und Flüchtlingsberatung vertreten ist. „Nicht ohne Grund hat im bisherigen Härtefallgremium der Niedersächsische Flüchtlingsrat mitgearbeitet, der neben den Kirchen über sehr umfangreiche Erfahrungen in der Flüchtlingsarbeit verfügt."

Auch der besonderen Situation der Flüchtlingsfrauen werde mit der jetzt beschlossenen Zusammensetzung der Kommission nicht Rechnung getragen, kritisierte Polat. „Es wäre wichtig gewesen, ein Mitglied zu berufen, das die Situation allein stehender Frauen, die oftmals auch traumatisiert sind, kompetent beurteilen kann." Entsprechende Vorschläge seien in der Stellungnahme ihrer Fraktion gemacht worden. Polat befürchtet, dass zahlreiche Familien während der Sommerpause abgeschoben werden, weil deren Duldungen nicht verlängert werden und die Härtefallkommission ihre Arbeit frühestens im September aufnimmt. „Viele dieser Familien werden jetzt sicher um Kirchenasyl bitten. Das ist ihre letzte Chance, bis zur konstituierenden Sitzung der Kommission nicht abgeschoben zu werden."

Quelle: Pressemitteilung der Grünen im Landtag Niedersachsen ■

Durchsuchung von Wohnungen zur Nachtzeit unzulässig

HILDESHEIM. Um dem Widerstand von betroffenen und Unterstützerinnen/Unterstützern gegen Abschiebungen zu brechen, versuchen die „Abschiebungsbehörden" Abschiebungen zu „nachtschlafenden" Zeiten durchzuführen, oft ohne die Betroffenen darüber zu informieren, die sozusagen aus dem Bett geholt, das heißt, regelrecht mit der Abschiebungsmaßnahme überfallen werden. Gegen diese unrechtmäßige Praxis teilt der Flüchtlingsrat Niedersachsen mit:

„Aus aktuellem Anlass sei noch einmal darauf hingewiesen, dass gemäß § 104 Abs. 3 Strafprozessordnung eine Wohnung zur Nachtzeit von der Polizei grundsätzlich nicht zwangsweise betreten werden darf. Die Durchsuchung von Wohnungen ist zur Nachtzeit (21.00 bis 4.00 vom 1. April bis 30. September, 21.00 Uhr bis 6.00 Uhr vom 1. Oktober bis 31. März) unzulässig, es sei denn, eine Person wird auf frischer Tat verfolgt, es besteht Gefahr im Verzug oder die Durchsuchung dient der Wiederergreifung eines entwichenen Gefangenen (§ 104 Abs. 1 StPO <http://bundesrecht .juris.de/bundesrecht/stpo/_104.html>). Diese Tatbestände sind bei Flüchtlingen, die abgeschoben werden sollen, in der Regel nicht erfüllt.

Das niedersächsische Innenministerium macht sich in seiner Antwort auf eine Anfrage der Abgeordneten Georgia Langhans (GRÜNE) mit der Behauptung lächerlich, dass eine Verletzung des Betretensverbots zur Nachtzeit nicht vorliege, wenn „die Wohnungstür zur Nachtzeit von den Wohnungsinhabern freiwillig geöffnet wird und die Abzuschiebenden den angekündigten Maßnahmen freiwillig folgen". Folgt der Kampagne des MI für „freiwillige Rückkehr" nun als Ergänzung der Appell zur „freiwilligen Abschiebung"

Quelle: Nds. Flüchtlingsrat ■

Sarkozy moniert: Plansoll ist nicht erfüllt

Das Plansoll wurde nicht erfüllt, die Kennziffern der untergeordneten Behörden sind nicht gut. Also setzte es eine gesalzene Standpauke. Ansonsten Befürworter einer wirtschaftsliberalen und tendenziell marktradikalen Politik, kann Nicolas Sarkozy sich auch von seiner ebenso staats- wie zahlenversessenen Seite zeigen.

25.000 Abschiebungen aus Frankreich bis zum Jahresende habe er verlangt, hielt Innenminister Nicolas Sarkozy den versammelten Präfekten – diese hohen Beamten vertreten den französischen Zentralstaat in den Départements, leiten dort die Polizei und die Ausländerbehörden – Ende Juli vor. Aber im ersten Halbjahr wurden „nur" circa 10.000 „Rückführungen zur Grenze", wie der französische Fachbegriff dafür lautet, durchgeführt.

„Wir sind weit entfernt von der Zielmarke", tönte Sarkozy vor seinen Untergebenen im großen Feiersaal des Innenministeriums. „10 Prozent von Ihnen haben nicht das Niveau von Rückführungen an die Grenze erreicht, das ich Ihnen vorgegeben hatte. Ich lade Sie eilig dazu ein, dies zu erreichen. Wenn das nicht der Fall ist, so wird es Folgen haben."

Die Präfekten, so ein Augenzeuge in der Wochenzeitung *Le Canard enchaîné*, hätten daraufhin „ihre Schuhe angeguckt" oder „in die Hosen gemacht".

Anscheinend hatte das Herumpoltern auch Folgen, denn die Abschiebemaschinerie hat sich bereits verstärkt in Gang gesetzt. Besonders im Visier sind derzeit Roma aus Rumänien und Bulgarien, wohin in den letzten Juli- und ersten Augusttagen bereits über 100 Personen in drei Sonderflügen abgeschoben worden sind. Am vergangenen Donnerstag war ein weiterer Sonderflug nach Bukarest angesetzt, am 29. August soll ein weiterer nach Sofia folgen. In Toulouse, Saint-Etienne und der Pariser Vorstadt Bagnolet hat die Polizei Niederlassungen von Roma, die vor flagranten Diskriminierungen und äußerst elenden Lebensbedingungen in Südosteuropa geflohen waren, demoliert. Zum Teil erfolgte dies allerdings auch schon vor Sarkozys Rüffel für die Präfekten.

Theoretisch sind Kollektivabschiebungen – etwa mittels Sonderflügen – seit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs, der eine Familienabschiebung aus Belgien in die Slowakei von 1999 sanktioniert hat, verboten. So sieht es auch der Artikel 4 eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention vor. Denn die Gefahr ist zu hoch, dass die Rechtsgarantien der einzelnen Betroffenen massiv verletzt oder übergangen werden. Aber bisher ist das Papier geduldig, und Sarkozy geht es vor allem um den kurzfristigen politischen Effekt mittels markiger Ankündigungen – auch wenn bestimmte Praktiken im Anschluss durch die Gerichte verhindert oder verurteilt werden sollten.

Anlässlich seines Auftritts vor den Präfekten, den die beliebte Satire- und Enthüllungszeitung *Canard enchaîné* minutiös dokumentiert hat, lieferte Sarkozy auch eine Begründung für das Drängen mit: „Wenn wir unsere Ziele nicht erreichen, dann besteht ein echtes Demokratierisiko" erklärte er. Und meinte damit, dass es ihm eventuell nicht gelingen werde, die bisherigen Unterstützer der extremen Rechten dazu zu bewegen, beim nächsten Mal – also bei der Präsidentschaftswahl im kommenden April – lieber Sarkozy zu wählen.

Noch am 30. Juni vergangenen Jahres hatte er sich gebrüstet: „Ich bemühe mich nicht um die Wähler des Front National, ich habe sie bereits." Damals ging es vor allem um die Polizei- und Sicherheitspolitik. Doch im Moment scheint der Minister sich seiner Sache nicht mehr so sicher zu sein.

Tatsächlich hat die rechtsextreme Partei, obwohl diese in jüngerer Zeit kaum mit eigenen Aktivitäten in der Öffentlichkeit präsent ist, höhere Umfragewerte für ihren Kandidaten Jean-Marie Le Pen als zuvor verzeichnet. Der Abhörskandal rund um die so genannte Clearstream-Affäre, der die regierenden Konservativen im April und Mai dieses Jahres erschütterte, hat ihm einige Wähler der Bürgerlichen zugetrieben. Insgesamt liegt der 78-Jährige, der sich aus Altersgründen auf seine definitiv letzte Präsidentschaftskandidatur vorbereitet, derzeit zwischen 10



und 15 Prozent der Wahlabsichten. Kein außergewöhnliches Niveau, gemessen an dem der letzten anderthalb Jahrzehnte.

Doch bei der Wahl 2002 war Le Pen im Vorfeld durch die Umfrageinstitute unterschätzt worden. Deshalb behaupten manche Meinungsforscher und manche Politiker, man müsse seinen Umfragewerten 7 bis 8 Punkte hinzufügen, um die tatsächlichen Ergebnisse zu kalkulieren. Andere widersprechen dieser tatsächlich höchst fragwürdigen Methode, denn bisher wird durch nichts belegt, dass im Moment tatsächlich ein solcher Abstand zwischen den tatsächlichen und den erklärten Stimmabsichten besteht. Aber mit Voraussagen lässt sich prima Politik machen.

Aber Sarkozy wäre nicht Sarkozy, würde er nicht gleichzeitig auf mehreren Hochzeiten tanzen, um sich als „über den politischen Fronten stehend“ zu präsentieren. Wie so oft versucht er sich in einer politischen Gleichgewichtsübung, die beweisen soll, dass nur er die widerstreitenden Lager vereinen und sich mit seinem persönlichen Voluntarismus durchsetzen kann. Abschiebungen von „Illegalen“, so meint jedenfalls Sarkozy, sind in der Wählerschaft populär – aber nicht unbedingt, wenn sie schulpflichtige Kinder und Jugendliche betreffen, die mit den eigenen Sprösslingen des potenziellen Wählers zusammen die Schulbank drücken und möglicherweise noch mit ihnen befreundet sind. Das sorgt für Unruhe und Abwehrreaktionen im Publikum.

Im Frühsommer hatte sich gezeigt, dass die Ankündigung, der im vorigen Herbst durch Sarkozy – infolge von Protesten gegen Abschiebungen von Minderjährigen mit ihren Familien – bis zum Ende des laufenden Schuljahres gewährte Abschiebeschutz werde auslaufen, in breiten Kreisen Emotionen auslöste. Auch in bürgerlichen Milieus wurden humanistisch oder christlich begründete Einwände laut, und Teile der Linken mobilisierten gegen drohende Abschiebungen in den Ferien. Während andere am Strand liegen, müssen einige versteckt leben: Diese Vorstellung erschien vielen unerträglich.

Im Juni hatte Sarkozy daher angeboten, einen Teil der betroffenen Familien mit schulpflichtigen Kindern oder Jugendlichen zu „legalisieren“, ihnen also eine Erlaubnis zum legalen Aufenthalt zu verschaffen, auf der Grundlage mehrerer Kriterien. Dazu gehörte das dehn- und auslegbare Merkmal der „guten Integration in die französische Gesellschaft“ sowie das Kriterium der französischen Sprachkenntnisse. Bis zum vorletzten Wochenende hatten die betroffenen Familien Zeit, ihre Dossiers bei den Präfekturen zu hinterlegen.

Bereits im Juli hatte Sarkozy erklärt, er rechne damit, dass 20.000 Anträge gestellt würden und dass am Ende 6.000 Aufenthaltserlaubnisse erteilt würden. Nun hat sich herausgestellt, dass es ungefähr ein Drittel mehr „Legalisierungs“anträge geworden sind. Doch Sarkozy bleibt trotzdem bei seinen Zahlen, was die Erteilung von Aufenthaltstiteln betrifft. Auch nach dem Ende der Antragsfrist sprach er von 5 bis 6.000 zu erwartenden Aufenthaltsgenehmigungen. Dies klingt bereits wie eine erneut, in Sollzahlen gefasste Anordnung an die ihm unterstehenden Präfekten.

Jene, die eine Ablehnung erhalten, werden damit zunächst in die „Illegalität“ zurückkehren. Sarkozy beließ es zunächst bei der Feststellung, die Betroffenen würden in der Zukunft „freiwillig oder erzwungen ausreisen“. Allgemein mochte man sich aber zunächst nicht vorstellen, dass die abgegebenen Dossiers dazu benutzt würden, um gezielt Jagd auf die betreffenden Familien zu machen. Dies würde gar zu sehr nach einer ihnen gestellten „Falle“ aussehen und in den für diese Frage sensibilisierten Teilen der Öffentlichkeit nicht gut ankommen. Ferner wiesen Beobachter darauf hin, dass in den Abschiebegefängnissen die Zahl der Plätze, die auch Kinder und Jugendliche aufnehmen können, relativ gering sei: Wer quantitativ messbare „Erfolge“ in Sachen Abschiebung erzielen will, sollte eher die Jagd auf Volljährige und möglichst Kinderlose eröffnen.

Aber zumindest in einem Falle wurde die Vorladung zur Präfektur den Betroffenen zum Verhängnis. Am vorletzten Freitag begaben sich Oleksandr und Inna Kostyuba (27 und 24) voller Hoffnung in die Präfektur der Pariser Vorstadt Corbeil-Essonnes. Sie waren im Glauben, nunmehr ihren Aufenthalt in Frankreich „legalisieren“ zu können, da sie einen dreijährigen Sohn namens Vladislav haben, der in Frankreich geboren und im Kindergarten eingeschult war. Die Dienstanweisung Sarkozys an die Präfekten sah ausdrücklich auch eine Einschulung im Kindergarten als mögliche Grundlage für eine Aufenthaltserlaubnis der Familie vor, sofern die anderen Kriterien erfüllt waren. Die Präfektur berief sich jedoch darauf, dass eine Einschulung im Kindergarten grundsätzlich nicht zähle.

Die Familie, die sich zu ihrem Vorladungstermin begab, wurde vor dem Schalter in Abschiebehaft genommen. Sie weigerte sich zunächst vehement, ins Flugzeug zu steigen: Oleksandr Kostyuba war vor vier Jahren aus der Ukraine geflohen, weil er massive Probleme mit den Regierenden – die inzwischen wieder dieselben sind – hatte. Aber die junge Familie wurde damit bedroht, dass ihnen das Kleinkind weggenommen und in ein Heim gebracht würde. So wurde sie mürbe gemacht und stieg am vorletzten Sonntag doch widerstandslos ins Flugzeug nach Kiew.

Solidaritätsvereinigungen und die radikale Linke sprachen umgehend in Pressemitteilungen von einer „Falle“ und einem Skandal. Das Innenministerium berief sich darauf, der Vater des Kindes spreche aber gar kein Französisch, woraufhin eine AFP-Journalistin erklärte, er habe ihr gegenüber ihre Fragen aber auf Französisch beantwortet. Beide Eltern galten nicht nur als gesellschaftlich sehr integriert, sondern hatten für den Fall ihrer „Legalisierung“ auch Versprechen auf eine Festeinstellung. Der Rechtsanwalt Arno Klarsfeld, der von dem mit ihm befreundeten Sarkozy als „Vermittler“ eingesetzt worden war und sich verbal für die „in Frankreich integrierten Familien“ stark gemacht hatte, griff daraufhin in der Öffentlichkeit die Solidaritätsvereinigungen an. Diese betrieben „Demagogie“, und die Familie hätte wissen müssen, dass ihre Vorladung zur Präfektur mit einer Ablehnung ihres Antrags verbunden war, da sie eine schriftliche Mitteilung bekommen habe. Seinen Status als „Vermittler“ hat er dadurch aber unterminiert, da die Solidaritätsvereinigungen wie die kirchliche Cimade und das Netzwerk „Bildung ohne Grenzen“ ihn nun nicht mehr als halbwegs neutralen Ansprechpartner betrachten. „Arno Klarsfeld, der Clown, der die Kinder nicht zum Lachen bringt“ zeichnete die Satirezeitung *Charlie Hebdo* in einer Karikatur.

Bernhard Schmid, Paris ■

Kern eines künftigen „Zentrums der Vertreibungen“

BERLIN. Die am 10. August in Berlin eröffnete Ausstellung über die Umsiedlung der Deutschen gilt als Kern eines künftigen „Zentrum gegen Vertreibungen“. Die von Organisationen der deutschen „Vertriebenen“ initiierte Ausstellung mit dem Titel „Erzwungene Wege“ behandelt verschiedene Ereignisse des 20. Jahrhunderts, darunter den Genozid an der armenischsprachigen Bevölkerung des Osmanischen Reichs, die Verfolgung von Juden durch NS-Deutschland und die Umsiedlung der Deutschen aus Osteuropa gemäß den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens. Einer der Ausstellungs-Kuratoren, Wilfried Rogasch, hat bereits zu Jahresbeginn über die merkwürdige Zusammenstellung gänzlich verschiedener Geschehnisse behauptet, es sei „aus der Perspektive des Opfers (...) vollkommen gleichgültig (...), ob eine ostpreußische Frau 1944/45 vergewaltigt und dann ermordet wurde oder ob eine jüdische Frau von Deutschen in das KZ nach Auschwitz gebracht wurde und dann ermordet wurde“. (*www.german-foreign-policy.com, 11.8. 2006)* Am 12. August 2006 fand in Berlin eine Kundgebung gegen die Ausstellungen „Flucht. Vertreibung. Integration“ im Deutschen Historischen Museum und „Erzwungene Wege“ im Kronprinzenpalais statt. Auf der Kundgebung sprach auch Ulla Jelpke (MdB). Ihre Rede griff die Beschwichtigungen der Veranstalter und des „Bundes der Vertriebenen“ auf und widerlegte sie anhand der Ausstellung selbst. Wir dokumentieren die Rede:

Liebe Freundinnen und Freunde,
nach jahrelanger Auseinandersetzung um ein „Zentrum gegen Vertreibung“ startet die Stiftung des Bundes der Vertriebenen mit dieser Ausstellung einen ersten Testballon für die Akzeptanz ihres Anliegens. Von den Machern der Ausstellung wurden im Vorfeld Mythen in die Welt gesetzt, um die Öffentlichkeit zu beruhigen und über den geschichtsrevisionistischen Charakter der Ausstellung hinwegzutäuschen. Nach einem ersten Gang durch diese Ausstellung können diese Mythen leicht auseinander genommen werden.

1. Mythos: „Die Ausstellung will nicht die Geschichte des Holocaust relativieren“

Die Vertreibung der Juden taucht in der Ausstellung als ein Baustein des Holocaust auf, der auch so benannt wird. Die Vernichtung der Juden wird nach den Worten der Aussteller nicht gezeigt, um sie nicht zu relativieren. Die Darstellung endet mit der Wannseekonferenz. Die Relativierung schlägt aber eine neue Richtung ein: Die so genannten Vertreibungsschicksale werden unterschiedslos nebeneinander gestellt. Bereits das Intro auf der homepage der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen fängt mit der Aussage an: Zwischen 80 und 100 Millionen Menschen im 20. Jahrhundert sind vertrieben, deportiert oder ermordet worden. So, als sei der Bevölkerungsaustausch zwischen den Balkan-Staaten am Ende des Ersten Weltkriegs das gleiche wie der Genozid an den Armeniern das gleiche wie „ein Baustein des Holocaust“ das gleiche wie die Vertreibungen in Ex-Jugoslawien in den 90er Jahren. Und das alles das gleiche wie die Umsiedlung der Deutschen 1945-48.

Die Relativierung wird dabei über eine subjektiv-emotionale Argumentation besorgt. So zitiert der Spiegel vom 31. Januar Helga Hirsch, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats: „Uns wird vorgeworfen, die deutschen Kriegsverbrechen zu relativieren. Aber es darf keine Konkurrenz zwischen den Opfern geben.“ Die Anerkennung des deutschen Leids sei aber die Voraussetzung für die Empathie mit dem Leid anderer. Mit anderen Worten: so lange das Leid der deutschen Vertriebenen nicht anerkannt wird, so lange ist auch von uns kein Mitleid zu erwarten.

Die Ausstellung geht noch einen anderen Weg der Relativierung: den der Begriffe. So heißt es, in der Phase der „wilden Vertreibungen“ unmittelbar nach dem Rückzug der Wehrmacht habe es „Vertreibung in Zügen“ gegeben. Die Assoziation zu Menschen, die in Züge gesteckt werden, dürfte den Kuratoren der Ausstellung klar sein; sie ist also gewollt.

Ein anderes Beispiel subtiler Relativierung: 1940, als die Donauschwaben „Heim ins Reich“ geholt wurden, seien Schiffe die Donau mit jüdischen Flüchtlingen herunter- und mit deutschen Umsiedlern heraufgefahren.

Einen besonders perfiden Propagandagriff haben sich die Aussteller für den letzten Teil der Ausstellung über das Thema „Lager“ aufgehoben. Besonders perfide sei es gewesen, dass am Ende des Krieges die deutschen Vertriebenen in ehemalige Konzentrations- bzw. Kriegsgefangenenlager gekommen seien.

2. Mythos: „Die Vertreibung der Deutschen wird in einen europäischen bzw. historischen Kontext gestellt“

Dazu ist zu sagen: neun Beispiele von Vertreibungen in einer Ausstellung zu zeigen, stellt noch keinen Kontext her. Erst recht werden so ohne die entsprechende Aufbereitung keine Zusammenhänge aufgezeigt. Dem Grundkonzept der Ausstellung folgend, ist das aber auch nicht möglich. Denn dann müsste man die Motive der Vertreibungen und Deportationen zum Ausgangspunkt nehmen. Man müsste sagen, dass die Vertreibung der Polen Teil eines Rassevernichtungskriegs gegen die Bevölkerung Osteuropas war. Man müsste sagen, dass die Umsiedlung der Deutschen auf den Erfahrungen der Nachbarländer mit ihren deutschen Minderheiten zwischen den Weltkriegen und im Zweiten Weltkrieg beruhte. Eine angemessene Wertung der völkischen Wühlarbeit der deutschen Minderheiten unterbleibt. Terrorbanden wie das „Sudetendeutsche Freicorps“, das in über 300 Anschlägen vor 1938 über 100 Menschen tötete, bleiben unerwähnt. Dafür wird auf der Texttafel über die Vertreibung der Sudetendeutschen behauptet, dass die Henlein-Partei die Deutschen diskreditiert habe. Das ca. 90% der Deutschen in Tschechien dieser Partei ihre Stimme gegeben haben, bleibt unerwähnt. Dass diese Deutschen dem Einmarsch der Wehrmacht zugejubelt haben, ebenso.

Eine tschechische Zeitung schreibt in ihrer gestrigen Ausgabe ganz richtig: „Die Ausstellung erfüllt die Erwartungen. Sie ist nicht objektiv, sie verschweigt, sie ist tendenziös. Sie ist die Erinnerung von Opfern, die sich weder an die eigene Schuld, noch an die Schuld von Nazi-Deutschland erinnern.“ („Lidove noviny“)

Keinerlei Erwähnung findet der Rasse-Vernichtungskrieg, den die Wehrmacht führte und der in der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ umfassend dokumentiert wurde. Der Generalplan Ost wird erwähnt; dass er die Vertreibung von 50 Millionen Osteuropäern vorsah; dass man in der Reichsführung nur noch diskutierte, ob nun 20 oder 30 Millionen dabei vernichtet werden müssten, erfährt der Besucher nicht. Der Begriff Germanisierung wird in Zusammenhang mit der Besetzung Polens 1939 erwähnt, und auch, dass er genau jene Vertreibung meinte, dass er die Vernichtung der gesellschaftlichen Eliten meinte, die Versklavung der restlichen Bevölkerung. Aber dass sich das eben nicht nur auf die 1939 besetzten Teile Polens, sondern Gebiete weit darüber hinaus bezog, erfährt der Besucher ebenfalls nicht.

3. Mythos: „Polen wurde in der Ausstellung besonders berücksichtigt, zu einigen polnischen Bürgern gibt es gute Beziehungen“

Um diese These zu untermauern, weist zum Beispiel ein Sven Felix Kellerhoff in der „Welt“ vom 10. August darauf hin,

dass jedes zehnte der gezeigten Exponate aus Polen stammt. Doch die Vertreibung der polnischen Bevölkerung durch das Deutsche Reich wird nur in der Phase bis 1941 gezeigt. Die Angaben dazu sind widersprüchlich: mal ist die Rede von 135.000 Vertriebenen, dann wird auf einmal die Zahl von 925.000 Vertriebenen genannt. Das fällt vielen Besuchern auch auf.

Aber was dann geschah, ist nicht Gegenstand der Ausstellung. Wie die polnische Bevölkerung unter der nach 1941 weiter vorrückenden Wehrmacht zu leiden hatte, welche Kriegsverbrechen unglaublichen Ausmaßes von ihr verübt wurden, kommt nicht vor. Von dem Konzept der „verbrannten Erde“, der Verwüstung ganzer Landstriche durch die auf dem Rückweg befindliche Wehrmacht kein Wort.

Dafür rückt nun ein anderer Akteur in den Mittelpunkt: die Sowjetunion. Ausführlich widmet man sich den Vertreibungen und Umsiedlungen von Polen, Balten, Ukrainern und Finnen in den von der Sowjetunion besetzten Gebieten.

Und zu guter Letzt steht die Sowjetunion als Verantwortliche der Umsiedlung der Volksdeutschen aus Osteuropa am Ende des Krieges da. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat den Wink verstanden und schreibt in ihrer Ausgabe von Mittwoch: „Sie [die Vertreibung] ist zugleich Instrument und Vehikel totalitärer Ambitionen. In Ostmittel- und Südosteuropa ging sie nicht nur zeitlich, sondern auch logisch der Sowjetisierung voraus.“ In den Texttafeln der Ausstellung heißt es, ich zitiere: „Hauptursache für die Vertreibungen in den deutschen Ostgebieten war die durch Stalin betriebene und von den Westalliierten und der polnischen Regierung akzeptierte Westverschiebung Polens bis an die Oder-Neiße-Grenze.“ Und weiter: „Mit Kriegsbeginn begannen die Kriegsgegner Deutschlands mit Planungen für die Nachkriegszeit, zu denen auch Umsiedlungen gehören.“ Und schließlich seien die „Vertreibungen ein politisch populäres Element im Prozess der kommunistischen Machtergreifung gewesen.“



Auch auf dem Titel des aktuellen Ostdienst: Die Schiffsglocke der „Gustloff“

Damit ist das zweite Grundübel des 20. Jahrhunderts neben der Vertreibung eigentlich auch schon benannt: der Kommunismus bzw. die Sowjetunion. Die Ausstellung kämpft noch mal den Kalten Krieg.

4. Mythos: „Die Ausstellung dient dem Frieden und der Völkerverständigung“

Wenn Frieden und Völkerverständigung eines der Ziele der Ausstellung sein sollen, wundert man sich über den Glanzpunkt der Ausstellung, auf den die Kuratoren besonders stolz sind und von dem sie gerne erzählen, weil es sich um eine polnische Leihgabe handelt: die Schiffsglocke der von sowjetischen U-Booten versenkten „Wilhelm Gustloff“, die mit ca. 8.000 Zivilisten und 2.000 Marineangehörigen an Bord versenkt wurde. Nur ca. 2.100 von ihnen konnten gerettet werden. Dass die Gustloff Positionslichter ausgesetzt hatte, um die Kollision mit einem entgegenkommenden Minenleger der Wehrmacht zu verhindern, und dadurch leicht auszumachen war; dass die Gustloff militärischen Geleitschutz hatte, weil sich an Bord 918 Soldaten der 2. U-Boot-Lehrdivision befanden, die von Kiel aus wieder in den Kriegseinsatz geschickt werden sollten – warum mit solchen Details aufhalten? Diese Schiffsglocke ist also eine einzige Anklage, sie steht für den Anspruch: wir, die Deutschen, sind die Opfer.

Ginge es um Frieden und Völkerverständigung, dann stünde am Ende der Ausstellung vielleicht der 2+4-Vertrag, der deutsch-polnische Grenzvertrag, die Ost-Verträge Willy Brandts als wichtiger Schritt der Versöhnung, mit denen erstmals die Oder-Neiße-Grenze als deutsche Ostgrenze akzeptiert wurde.

Stattdessen wird als Beispiel für „Dialog“ wie der letzte Teil der Ausstellung übertitelt ist, die Charta der Heimatvertriebenen angeführt. Dort heißt es, und das wird zitiert: „Wir Heimatvertrieben verzichten auf Rache und Vergeltung“. Dieser Satz ist ein einziger Zynismus. Die übergroße Mehrheit der Unterzeichner der „Charta“ waren ehemalige ranghohe Funktionäre von NSDAP, SS, SA und des nationalsozialistischen Regimes. Vom SS-Obersturmbannführer bis zum Gauleiter war alles dabei.

Trotz dieser historisch sehr zweifelhaften Darstellung des Themas Vertreibung steht diese Ausstellung kaum in der Kritik. Medienvertreter und Politiker erzählen die Mythen der Ausstellungsmacher nach. Erika Steinbach, unermüdliche Kämpferin für die Sache der Vertriebenen, fühlte sich also ermutigt nachzulegen. In dem zukünftigen Ausstellungskern des „Zentrums gegen Vertreibungen“ für die deutschen Vertriebenen sollen die Ausstellung „Erzwungene Wege“ mit der Ausstellung „Flucht. Vertreibung. Integration“ zusammengelegt werden, aber nicht nur das: ergänzend soll noch eine Ausstellung über die Siedlungsgeschichte der Deutschen hinzukommen. So stellt man sich also das Zentrum gegen Vertreibungen vor: als die blühende Geschichte Großdeutschlands, die durch die Rote Armee brutal beendet wurde. Mitten in Berlin soll den völkischen Romantikern und den Nazis von gestern und heute ein neuer Wallfahrtsort geschaffen werden.

Von Bundestag und Bundesregierung ist ein deutliches Signal gefordert, dass es für dieses Projekt keinerlei finanzielle Mittel und keine sonstige Unterstützung geben wird. Die Förderung der Vertriebenenverbände, die mit jährlich zig Mio. Euro zu Buche schlägt, muss beendet werden. Was wir brauchen, ist ein deutliches Zeichen mitten in Berlin gegen die Relativierung deutscher Verbrechen und gegen deutsch-völkische Gefühlsduselei! ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Verherrlichung der Waffen-SS

Junge Freiheit 34/06, 18.8.2006

Dass sich die rechtsextreme Junge Freiheit mit dem Bekenntnis von Günter Grass, mit 17 Jahren in der Waffen-SS gewesen zu sein, befassen würde, war ja klar, ist es doch *die* Chance, Schmutz zu schmeißen und zu versuchen, die Geschichte umzudeuten. Grass ist für das Kampfblatt nur ein Mittel, linke Intelektuelle zu diffamieren: „Inzwischen waren hier die ‚unruhigen Jungen' im Aufwind, verwüsteten die Universitäten, demütigten und verprügelten ihre Lehrer, machten ‚Kulturrevolution'. Sie brauchten Ideologen, die ihnen ein gutes Gewissen verschafften, ältere Semester, die schon Erfahrung mit Jugendbewegtheit und Kulturrevolution hatten, ehemalige Hitlerjugendführer wie Jürgen Habermas, gläubige BDM-Mädel wie Luise Rinser, ehemalige Jugendparteigenossen wie Walter Jens, Walter Höllerer, Peter Wapnewski, Leute wie Grass."

Und dann hetzt das Blatt gegen die sogenannten „Vergangenheitsbewältiger": „Die Spannung zischen wüsten öffentlichen Schuldanklagen anderer und dem Verschweigen der eigenen Verstrickung ist keineswegs eine Spezialität von Grass, im Gegenteil, sie machen's alle. Die Heuchelei und das Verschweigen und die politische Vorteilsnahme sind feste Bestandteile der sogenannten Vergangenheitsbewältigung."

Auf den Innenseiten des Blattes kommt die vorgetäuschte „Vergangenheitsbewältigung" des Blattes, die nichts anderes darstellt als eine Vergangenheits-Relativierung und -Beschönigung zum Vorschein. In einem Artikel zitieren sie den rechten Historiker Joachim C. Fest zum Ansehen von Günter Grass: „Ich würde nicht mal mehr einen Gebrauchtwagen von diesem Mann kaufen." Da werden Hass und Rachegelüste deutlich.

Ein weiterer Artikel mit der Überschrift: „Die Geächteten", zeigt, worum es ihnen wirklich geht. Der Duden umschreibt den Begriff wie folgt: ausgeschlossen, ausgestoßen, entrechtet, gebannt, rechtlos, verstoßen. Die Waffen-SS ist aber eine verbrecherische Organisation und keine unschuldig verurteilte Armee, das hat das Nürnberger Tribunal entschieden und daran sollte man nicht deuteln. Das tut aber die Junge Freiheit und deren Autor Günter Deschner: „Aber erst der Krieg gegen das bolschewistische Rußland brachte das Klima, in dem die Elitetruppe weiter anschwellen konnte. 1943 zählte sie 540.000 Mann und Ende 1944 schließlich fast eine Million." Klar für die JF: Schuld war das bolschewistische Rußland, das Deutschland überfiel. Weiter im Text:

„Freilich strömten in diese Mammutarmee auch dubiose Elemente ein, so zweifelhafte Verbände wie beispielsweise die aus Wilddieben, Wehrstraffälligen und Kriminellen zusammengesetzte Sturmbrigade des Oskar Dirlewanger. Zusammen mit Einheiten, die als KZ-Wachmannschaften gebildet waren, waren sie die Steine des Anstoßes, von denen dunkle Schatten auf das Nachkriegsbild der SS fielen.

Das Eindringen und das Vorhandensein jener Elemente und die Radikalisierung der Kriegsführung machten einzelne Truppenteile auch für Kriegsverbrechen anfällig. Das traf vor allem auf den Partisanenkrieg und auf das gnadenlose Gemetzel in Stalins Sowjetunion zu ...

Doch mit dem eigentlichen ‚Geist' der Truppe hatten diese Ausschreitungen nicht immer etwas zu tun. Nach 1945 führten diese Kriegsverbrechen und die Aura der Nähe zur allgemeinen SS der Konzentrationslager dazu, daß die dunkle Seite dieser Armee die historische Rezeption immer stärker dominieren sollte."

jöd ■

Deutschland-Pakt bestätigt

„NPD stellt Pakt mit der DVU in Frage" schrieb die „Berliner Zeitung" vom 9.8.2006. Inzwischen dementieren dies sowohl die NPD als auch die DVU.

Der stellv. NPD-Parteivorsitzende Peter Marx, auf dessen Äußerungen am Rande des Pressefestes sich die Berliner Zeitung bezog, stellt in einer Pressemitteilung klar, „Gesprächsfetzen" seien „aus dem Zusammenhang gerissen und nicht korrekt sowie unautorisiert wiedergegeben" worden. „Der Deutschland-Pakt wird auch am 17. September Garant für weitere nationale Abgeordnete in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sein", wird der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt zitiert. Die „Nationalzeitung" Nr. 33 vom 11. August berichtet in ihrem Artikel „Mit Freude bei der nationalen Sache" vom Pressefest der „Deutschen Stimme", auf der auch der stellv. Bundesvorsitzende der DVU Siegfried Tittmann gesprochen habe. Der Deutschland-Pakt „erfuhr beim Pressefest eine Bekräftigung, auf die die Teilnehmer mit Ovationen und Applaus reagierten", heißt es weiter.

Wieweit man dazu stehen wird, wenn die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, wo von seiten der DVU jeweils nur wenige Leute auf NPD-Listen kandidieren, nicht die erhofften Mandate bringen, bleibt abzuwarten. *u.b.* ■

„Objektiv" Nr. 1 sorgt für Wirbel

Die neue Schülerzeitung des „Arbeitskreises Jugend" der rechtsextremen Bürgerbewegung „Pro Köln" hat für Aufsehen gesorgt, das nicht ganz im Sinne der Macher der Zeitung war. Die nach Eigenaussagen rein anzeigenfinanzierte Zeitung hatte den Anzeigenkunden nicht gesagt, um welche Sorte Schülerzeitung es da ging und diese distanzierten sich umgehend von den Inhalten des rechtsextremen Blattes. Diesen „vor dummen Klischees strotzenden Blödsinn" finde er „einfach nur widerlich" wird der Inhaber einer Fahrschule im Kölner Stadtanzeiger vom 15.8. zitiert. Manfred Rouhs, der für „Pro Köln" im Stadtrat sitzt, hätte es eigentlich wissen müssen: Schon 1990 gab es Auseinandersetzungen mit der Provinzialversicherung, die mit einer Anzeige in seiner „Europa Vorn" warb, ohne überhaupt davon zu wissen. Wenn die Getäuschten dann protestieren, ist der seriöse Anschein schnell dahin.

Leider ist „Pro Köln" auf das Anzeigengeschäft finanziell nicht angewiesen, stellte Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes gegenüber der taz vom 18.8. richtig fest. Das heißt, viel politische Aufklärungsarbeit an den Schulen wird notwendig sein, um zu verhindern, dass mit diesem Blatt rechtsextremer Nachwuchs rekrutiert werden kann. *u.b.* ■